

West-Berliner
Zustände —
immer einen
Schritt voraus!

Arbeiterpolitik

28. Jahrgang
Nummer 4
12. Juli 1987
2,- DM

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Kreuzberger Nächte sind lang, erst fang' se ganz langsam an...

...aber dann, aber dann!

Mit großem Aufwand an Geld und Propaganda wurden die »750-Jahrfeiern« in Westberlin vorbereitet und eingeleitet. Durch populäre Großveranstaltungen (Turnerfest) und Medienspektakel (Fernsehshows) soll Westberlin mal wieder zum »Schaufenster der freien Welt« werden. Zu diesem populären Aspekt gesellt sich der politische: Die Anreise und die Besuche von »Staatsmännern«, vor allem des »freien Westens«, demonstrieren die Rolle Westberlins als vorgeschobener Posten des kapitalistischen Lagers.

Seitdem die Mauer 1961 von der DDR zum Schutz vor der kapitalistischen Einflußnahme (und gegen die Abwanderung und Abwerbung von Facharbeitern) errichtet wurde, ist sie von der westdeutschen bürgerlichen Klasse und ihrer US-amerikanischen »Schutzmacht« immer als Denkmal der »Freiheit des Westens« benutzt und gebraucht worden.

Deshalb war es auch der Wunsch von Reagans Propaganda-Manager, ihn am Brandenburger Tor reden zu lassen. Es war der hilflose Versuch, die Wirkung des Kennedy-Besuches von 1963 wiederzubeleben. Austauschbar die Phrasen der beiden Präsidenten: Reagan's »Ich hab' noch einen Koffer in Berlin« ist ähnlich originell wie Kennedy's »Ich bin ein



Berliner«. Aber die Wirkungen des Kennedy-Besuches lassen sich nicht einfach wiederholen. Denn die gesellschaftlichen Bedingungen im deutschen Kapitalismus und die weltpolitischen Verhältnisse haben sich erheblich geändert:

Als Kennedy im Juni 1963 kam, mobilisierte er breite Massen und fand bei ihnen mit seiner Demagogie und Propaganda uneingeschränkte Sympathie. Begeisterung schlug ihm entgegen, als er vor 15000 Studenten der Westberliner Universitäten sprach. Viele von ihnen gingen wenige Jahre später zuerst in Berlin auf die Straßen, um gegen die US-Politik in Vietnam zu protestieren.

1987 sieht das anders aus: Reagan lockt vergleichsweise wenige an, die meisten unter ihnen gehören zur handverlesenen und geladenen Schar der wahren »Berliner«. Trotz allen ideologischen Trommelwirbels der Springerpresse (eine »historische Rede« Reagan's urteilt die »Welt«) will die Begeisterung von 1963, diese Masseneinheit mit dem »Freiheits«präsidenten der USA, nicht aufkommen. Der Versuch, vor den heutigen Studenten zu sprechen, wird erst gar nicht unternommen.

W
» *ir wissen nicht,*
ob ein Sturm kommen wird. Aber wir sind einig,
jeden kommenden Sturm zu überstehen!«

JOHN F. KENNEDY, US-PRÄSIDENT
1963 IN BERLIN

Im Gegenteil: Schon vor dem Reagan-Besuch, am 1. Mai, eskalieren die sozialen Gegensätze Westberlins durch das Vorgehen der Polizei. Dabei sollten doch diese Klassengegensätze unter dem Glanz der 750-Jahr-Feiern sorgsam verborgen bleiben. Die Unruhen in Kreuzberg, die Revolte derjenigen, auf deren Kosten die herrschende Klasse die Traditionen der alten »Reichshauptstadt« (ihrer ehemaligen Klassenhauptstadt) hochfeiern will, zertrümmern nicht nur Schaufensterscheiben in Kreuzberg: Plötzlich liegt das »Schaufenster der freien Welt«, in seine Einzelteile zersplittert, auf den Straßen der verelendeten Wohngebiete.

Das war noch vor dem Reagan-Besuch. Als Reagan kam, verordnete der Westberliner Senat, um zu retten, was zu retten war, die Einkesselung eines ganzen Stadtbezirks, den Notstand über Kreuzberg. Das Austoben der Polizei in Kreuzberg, die sich wie eine wildgewordene Soldateska durch die Straßenzüge schlug, war ein weiterer Beitrag zur Geschichte Berlins — zur Geschichte der Unterdrückung. Gleichzeitig wurden die Zufahrtswege nach Kreuzberg, Straßen und Bahnlinsen, gesperrt. Es herrschten Zustände — so urteilte selbst der »Tagesspiegel« — wie bei der Berlin-Blockade durch die Sowjetunion 1948. Nun aber blockierte die herrschende Klasse selber einen Teil Westberlins, sie hatte eine zweite Mauer errichtet — mitten durch Westberlin.

Dieser »Mauerbau« in der Bürgerkriegsnacht von Kreuzberg war für den Senat die einzig mögliche Antwort auf den sozialen Graben, der sich quer durch Westberlin zieht. Dieser Graben muß unter dem Schutz der USA mit einem Massenaufgebot Westberliner und bundesdeutscher Polizei »bewacht« werden, um die wahren »Berliner« von den »Anti-Berlinern« trennen zu können.

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Kreuzberger Verhältnisse — nicht aufzuhalten.

Die bürgerliche Presse hat sehr schnell versucht, Urteile und Erklärungen für die Kreuzberger Unruhen zu finden. Die einen reihten sich (von rechts) in den Chor des Westberliner Senats ein und erklärten alles zu einem Machwerk der »Anti-Berliner«; jener also, die dem weltpolitischen Auftrag des guten »Berliners« nicht nachkommen wollten. (Dieser Auftrag besagt: Jubel für die USA, Haß auf den sozialistischen Osten, auch wenn das auf die eigenen Knochen geht) Andere Kommentare (von links-liberaler Seite) suchten die Ursachen der Unruhen in den »besonderen« Verhältnissen Kreuzbergs.

Sind also die Kreuzberger Unruhen nur ein »typisches Berliner« Phänomen? Weder unterscheiden sich die herrschenden Verhältnisse in Westberlin grundsätzlich von denen in Westdeutschland, noch ist die weltpolitische Rolle Westberlins von der Westdeutschlands grundsätzlich verschieden. So wie in Kreuzberg die meisten Bewohner Opfer der kapitalistischen Krisenentwicklung, Objekt der kapitalistischen Wohnungspolitik sind (und, wenn sie sich wehren, der staatlichen Unterdrückung), wächst die Zahl jener in Westdeutschland, denen vom Kapital als »Randgruppe« oder »Krisenregion« nur eine Zukunft als Ghetto überlassen wird. Was soll denn beispielsweise aus Ruhrgebietsstädten wie Hattingen anderes werden als ein überdimensioniertes Kreuzberg?

Das Besondere Westberlins besteht nur darin, daß es als »Frontstadt« des »Frontstaates« BRD die vorhandenen sozialen und politischen Widersprüche früher und zugespitzter erlebt. Zum Beispiel werden in Westberlin, wenn auch eingeflogene Polizisten nicht mehr weiterhelfen, amerikanische Besatzungstruppen dem Status als besetzte Stadt handfesten Ausdruck verleihen, während in Westdeutschland nach der Polizei noch Grenzschutz und Bundeswehr dem »inneren Feind« entgegentreten können. So wie sich in Westberlin die weltpolitischen Widersprüche und Gegensätze zwischen Sozialismus und Kapitalismus (der Klassengegensatz im Weltmaßstab) durch Insel-Lage und Besatzungsstatut wie in einem Brennglas bündeln, so werden hier auch die innenpolitischen und sozialen Widersprüche des deutschen Kapitalismus nach 1945 greller und früher deutlich als in Westdeutschland.

Die Unruhen in Kreuzberg werfen Schlaglichter auf die innenpolitischen Verhältnisse in Westdeutschland. Mögen die Strategen, Journalisten, Polizeipräsidenten und Parteivorstände der herrschenden Klasse die aufbrechenden Klassengegensätze auf ein Stadtgebiet, einen Bezirk oder eine Stadt begrenzen wollen — aufhalten können sie sie nicht. ■

Inhaltsverzeichnis

Kreuzberger Nächte sind lang	1
Die bürgerliche Klasse feiert Geburtstag	3
»Ausgangssperre« in Kreuzberg	9
Reagan in Berlin	11
Zur Situation der ausländischen Jugendlichen	14
Eine Schule in Kreuzberg wehrt sich	15
Was bedeutet Mietpreis-Bindung für Rest-Berlin?	17

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER
GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
F. Lübke · Herstellung und Vertrieb: GFSA - Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15
Postschek Hamburg 4100 77-205, BLZ 200 100 20



Die bürgerliche Klasse feiert Geburtstag:

750 Jahre sind genug – werdet »Anti-Berliner«!

In dem Spektakel zur 750-Jahr-Feier sollte auch Kreuzberg für den Senat mitfeiern: Als Beispiel für die Liberalität, Offenheit und Toleranz der Weltstadt Berlin. Kreuzberg als Aushängeschild für das Nebeneinander verschiedener Kulturen, für die Förderung »alternativer« Projekte und für die »behutsame Stadterneuerung« im Rahmen der Internationalen Bau-Ausstellung (IBA). Begonnen haben die Feierlichkeiten auch in Kreuzberg — am 29. 4. in und vor dem Springer-Hochhaus in der Kochstraße, nicht nur dem mediopolitischen Machtzentrum Berlins. Auf 14 farbigen Seiten brachte Springers »Berliner Morgenpost« am nächsten Tag, bevor der Senat offiziell im ICC die Geburtstagsfeier eröffnen »durfte«, ihren Bericht über das protzige Gelage — 4500 Gäste an 12 von Künstlern durchgestylten Buffets.

»Es klirrten die Becher...«

Zwei Tage später feierte das andere Kreuzberg. Mitten in die überschäumenden Eröffnungsgelage zum 750. Geburtstag Berlins meldeten sich die »Vergessenen« und von den Feiern Ausgeschlossenen zu Wort und — obgleich nicht eingeladen — mischten sich ein. Die Sauerei empörte sie, ein Fest mit soviel Geld und daneben die Gleichgültigkeit gegenüber dem Elend in Kreuzberg. »Die feiern und wir leben hier im Dreck«, das war die oft gegebene Antwort unbescholtener Bürger auf die Frage, warum sie sich an den Ausschreitungen beteiligten. Wer will da noch die ungezügelte Reaktion der Massen kritisieren, ohne sich lächerlich zu machen? Jene, die sich die Regierenden bislang mit Polizei notdürftig vom Halse halten konnten, nahmen nun den

Geburtstag zum Anlaß, »mit Feuer und Flamme« auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. Die Massen kamen in Bewegung. Und...

...»das gellende Lachen verstummte zumal, es wurde leichenstill im Saal.«

Der Sturm von Kreuzberg ließ die Hochstimmung verstummen. Dieselbe Springer-»Morgenpost« lieferte nun 14 Seiten von der unruhigen Kreuzberger Nacht. Und »Bild« schrieb: »Es war wie im Krieg.« (4. 4. 87). Der Auftakt für das Jubiläumsjahr war dem Senat daneben geraten.

Dabei war am Morgen des 1. Mai alles noch »in Ordnung«. Der Konflikt in der Metall- und Druckindustrie war dank der Einsicht der Gewerkschaftsvorstände gebannt. Der Senat hatte den Bau- und Bordellskandal überstanden, und der Rechtsaußen der CDU und frühere Berliner Innensenator Lummer hatte das Hausbesetzerproblem »gelöst«. Die CDU und Perschau hatten noch im Wahlkampf dem Hamburger Innensenator Pawelczyk (SPD) Westberlin als leuchtendes Beispiel dafür hingestellt, wie die CDU an der Regierung die Hausbesetzer-Szene befriedet hätte. Wie anders sei es doch in der Hafensstraße. Da strafte die Kreuzberger Feuer-Nacht sie Lügen.

»An weißer Wand...«

Ein Funke war in das mit Sprengstoff geladene Faß Kreuzberg geflogen... und das auch noch am 1. Mai, den die Herrschenden aus dem Kamptag der internationalen Arbeiterklasse zum »Tag der Arbeit« verstümmelt hatten, ohne auf

den Widerstand der Gewerkschaften und der SPD zu stoßen. Den Sprengstoff für Kreuzberg hatten seit langem Polizei, Staatsapparat und Parteien in reichem Maße geliefert.

1982 war auf einer freien Fläche an der Grenze nach Ost-Berlin der »Kinderbauernhof« geschaffen worden. Ohne öffentliche Mittel gebaut, war er auf Spenden angewiesen und sammelte Abfälle für seine Tiere (Ziegen, Ponys etc.). Was ein solcher Bauernhof in der Steinwüste Kreuzbergs für Kinder bedeutet, ist nicht schwer zu erraten. In einer Allparteienkoalition (von AL bis CDU) wurde in der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen, einen Teil des Bauernhofes den Leuten wegzunehmen, um eine städtische Kindertagesstätte zu errichten. Als die Planierarbeiten des Baustadtrates Orłowsky (AL) im März 87 den Beschluß ausführen sollten, flogen Steine.

Noch am Morgen des 1. Mai war das Volkszählungsbojott-Büro im Mehringhof von der Polizei durchsucht und zahlreiches Material mitgenommen worden.

Und dann kam das Straßenfest auf dem Lausitzer Platz, ein zur Tradition gewordenes Fest am 1. Mai, veranstaltet von SEW, AL und anderen Gruppen, ganz anders als die offiziellen Geburtstagsfeiern.

Die »Autonomen« werden aktiv. Eine Gruppe versucht, einen Demonstrationszug vom Fest zum Kinderbauernhof zu organisieren. Für andere, die in der Skalitzer Straße den Verkehr durch Bauwagen blockieren wollen, steht der Protest gegen die Durchsuchung des Mehringhofes im Vordergrund.

Die Polizei, gewohnt ihre militärische Überlegenheit zur Schau zu stellen — das einzige, was diese Gesellschaft den im Elend Lebenden zu bieten hat — versucht, diese Demonstrationen zu verhindern. Es kommt zu Prügeleien am Rande des Festes. Auf den umgestürzten Bauwagen in der Skalitzer Straße reagiert die Polizei mit Gasgranaten auf den Lausitzer Platz und der Räumung des Festes. Die Auseinandersetzungen verlagern sich in die umliegenden Straßen.

Was als Widerstand gegen die Durchsuchung des Mehringhofes von den »Autonomen« gedacht ist, entwickelt sich im Laufe des Abends und der Nacht zu einer Revolte gegen die beschissenen Lebensbedingungen, gegen die Schikanen der Bürokratie, z. B. auf dem Arbeits- und Sozialamt, gegen die Perspektivlosigkeit der Kreuzberger Jugend in dieser Gesellschaft, gegen diesen Staat. Immer größere Teile der Bevölkerung und weitere Straßenzüge werden erfaßt.

»Ich habe es gewußt,
daß es irgendwann fürchterlich knallt. Hier war sone Spannung
in der ganzen Scene. Die ganze Bande, alles was hier
so rumhängt, Türken, die Omis, die Opis, die Normalos,
alle haben einen Haß auf die Bullen,
aber wirklich alle, auch Prolis, die mögen alle die Bullen nicht,
weil die nur Scheiße bauen,
die Leute abgreifen, sogar kleine Gören hauen die aufs Maul...«

CARO, EIN AUTONOMER

Auf die Versuche der Polizei, vorzurücken, antwortet die Menge mit dem Bau von Barrikaden, mit Steinwürfen, mit Katapulten und Stahlkugeln — auch aus den Häusern und von den Dächern.

Die Bewegungsmöglichkeiten von Polizei und Feuerwehr werden zunehmend behindert, bis sie schließlich nicht mehr weiter kommen und gezwungen sind zurückzuweichen. Unter solchen Bedingungen, wo die Bewaffnung nicht mehr die Überlegenheit garantiert und das persönliche Risiko wächst, ist den Polizisten, die ja nicht aus Überzeugung Dienst tun, das Leben lieber als die Gefahr. So ist für 4 Stunden dieser Teil Kreuzbergs »polizeifrei«. Verstärkung muß erst »rangeschafft« werden. Fliehende Polizei hinterläßt

für potemkische dörfer

in rußland ließ fürst potemkin einst
falsche dörfer bauen, um anzugeben
in west-berlin, da lebt der gleiche geist
»magnetbahn« heißt's hier eben

der goebbels hatte die idee

700 jahre berlin!

heute feiern sie wie eh und je

es tut wieder gut, dieses west-berlin

ob rußland, faschismus oder heute

es sind noch immer dieselben leute

neue gesichter auf den alten posten

herrschen weiter auf unsere kosten

doch haben sie heute auch noch so viel macht

die rechnung ist ohne das volk gemacht

dies ist nur ein anfang. wir werden bald mehr

wir machen den bonzen das leben schwer

arge-Autonome Abrißgemeinschaft

Hochstimmung bei den Unterdrückten. Zuerst werden Getränkeläden gestürmt, andere folgen: Bolle, real, Tschibo etc., auch kleine Läden.

Das ist die Stunde derjenigen, die sich bisher nicht an den praktischen Auseinandersetzungen mit der Polizei beteiligten. Immer mehr Bürger (Ältere, türkische Frauen usw.) können sich nun gefahrlos aus den gestürmten Geschäften bedienen.

Die Feuerwehr fährt keine Einsätze mehr, sie kommt nicht an die Brandherde heran. Die alte Ordnung hat sich verabschiedet — für diese Nacht.

Gibt es in dem Chaos, das sie zu verantworten hat und nun hinterläßt, irgendwo eine ordnende Kraft, die der Bevölkerung helfen kann und soviel Vertrauen genießt, daß sie den Widerstand politisch organisieren kann?

»Magier kamen, doch keiner verstand,
zu deuten die Flammenschrift an der Wand...«

Die stereotype Erklärung der Politiker von den reisenden »Chaoten« als Urheber paßt hier überhaupt nicht mehr. Sogar Innensenator Kewenig sah inmitten der Unruhen »Herren, die bürgerlich aussahen und Damen mit Stöckelschuhen«.

Wo liegen die Ursachen in den Augen der Politiker und der bürgerlichen Parteien, wer hat nach ihrer Ansicht »schuld«? Lummer: »Mitnichten ist es so, daß soziale Probleme eine Rolle spielen, eher sind die alternativen Projekte vom Staat zu sehr gefördert worden!«

Der Regierende Bürgermeister Diepgen sah in der Nacht des 1. Mai die »Anti-Berliner« am Werk. Innensenator Kewenig: »Der äußere Frieden ist die Voraussetzung — nicht die Folge — sozialer Gerechtigkeit.« (Seid schön brav, dann kriegt ihr eure Bettelsuppen)

SPD-Chef Momper teilte die Schuld auf: zum einen die verfehlte Sozialpolitik des Senats, zum anderen das Versagen der Polizei unter der Verantwortung von Kewenig. »An den Ausschreitungen, Plünderungen nahmen nicht nur Chaoten teil. Die auch, aber daneben fast der ganze Querschnitt der Kreuzberger Bürger! ... Und zwischen 22 und 2 Uhr trat in dieser Nacht das schlimmste ein, was überhaupt passieren

konnte. Die Staatsgewalt, die Polizei meldete sich aus dem Gebiet der Barrikaden, der Brände und Plünderungen ab. Das Gewaltmonopol und die Ordnungskraft des Staates waren schlichtweg nicht mehr vorhanden... Das Wertesystem unserer Gesellschaft brach wie ein Kartenhaus zusammen.»

Auch für den SPD-»Linken« Momper ist der Polizeiknüppel letztlich das einzige Mittel, um das kapitalistische Wertesystem aufrechtzuerhalten. Und wohin soll die Reise gehen, wenn der Knüppel nicht mehr ausreicht? Der ehemalige Justizsenator und FDP-Politiker Oxford machte das in der Debatte im Abgeordnetenhaus klar, als er davon sprach, daß die Polizei in jener Nacht auch das Recht gehabt hätte, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Die Pastoren in Kreuzberg machen die vielen sozialen Probleme für die Unruhen verantwortlich und weisen auf die Versäumnisse des Senats in den vergangenen Jahren hin. Der Westberliner Bischof Kruse: »Ungelöste soziale Probleme sind die Hauptursache.«

Arbeitslosigkeit und soziales Elend in Kreuzberg

Der Stadtbezirk SO 36, der Kern Kreuzbergs, an der Mauer zu Ost-Berlin gelegen und zur anderen Seite vom Landwehrkanal begrenzt, ist vom übrigen Berlin durch eine unsichtbare Mauer getrennt. Seit dem verstärkten Polizeiaufgebot nach dem 1. Mai ist diese Trennung offensichtlicher geworden. Die soziale Lage vieler Einwohner dieses Bezirks ist tatsächlich katastrophal:

- Von 140.000 Einwohnern sind 40.000 bis 25 Jahre alt (jüngstes Ballungsgebiet Europas), alle vier Jahre sind 25% der Bevölkerung Kreuzbergs neu Hinzugezogene.
- 40% bis 50% der deutschen Jugendlichen sind arbeitslos, bei den türkischen Jugendlichen beträgt dieser Anteil bis zu 70%.



A7 München 13.6.

- 10% der Einwohner in SO 36 leben von Sozialhilfe.
- Eine »Stern«-Untersuchung unter 20.000 Einwohnern Kreuzbergs hat ergeben, daß beim Haushalts-Nettoeinkommen pro Monat der Durchschnitt für Westberlin 3378 DM beträgt, der Mittelwert der 20.000 befragten Kreuzberger liegt bei 913 DM monatlich. Das Pro-Kopf-Einkommen pro Monat: in Westberlin 1399 DM, bei den 20.000 Befragten 684 DM.
- Die Haushaltsgröße in Westberlin beträgt 1,7 Personen, in Kreuzberg 3,0 Personen pro Haushalt; die Wohnfläche pro Person beträgt in Westberlin 37 qm, in Kreuzberg nur 27 qm.

Kreuzberg — die Spitze eines Eisbergs

In den bürgerlichen Medien wird die Unruhe und die Revolte des 1. Mai als Kreuzberger Problem dargestellt. Die Parteien (SPD, FDP und CDU) streiten sich darüber, wer die verfehlte Sanierungspolitik in SO 36 zu verantworten hat und welche angeblichen Erfolge in der Sozialpolitik sich wer an die Brust heften darf.

Diese Darstellungsweise verschleiert die wirklichen Ursachen der Entwicklung, sie stempelt die Ereignisse des 1. Mai zu Kreuzberger Besonderheiten, vor der die übrige »heile Welt« Berlins zu bewahren ist. Kreuzberg soll als Unruheherd isoliert werden. Selbst die »FAZ« hat da ihre Zweifel: »Die vom Senat flugs gefundene Redewendung von den 'Anti-Berlinern' anerkennt insgeheim, daß in Kreuzberg mehr auf dem Spiel steht als Ruhe und Ordnung in einem einzelnen Stadtteil, daß es in dessen Lebensfähigkeit auch um die Lebensfähigkeit der Stadt geht. Aber sie verschweigt, daß Berlin am Ende des 20. Jahrhunderts um eine Lebensform ringt, in der das Ghetto keinen Platz mehr haben sollte.« (FAZ 9.5.87)

Sollte ...es ist aber die nackte Wirklichkeit. Und Städte in England und den USA mit derselben kapitalistischen »Lebensform« sind Berlin da schon ein Stückchen voraus. Einen verelendeten Stadtteil mit all seinen sozialen Erscheinungen drastisch beschreiben können einige bürgerliche Blätter ganz gut. Nur wie dem ein Ende gesetzt werden kann, das wissen sie alle nicht.

Die Frage nach den tiefergehenden Ursachen, die Frage, weshalb ein Bezirk wie SO 36 eine solche Entwicklung nimmt und was auf die Bevölkerung anderer Bezirke noch zukommen wird, bleibt unbeantwortet. In den 60er Jahren war Kreuzberg noch ein typischer Berliner Arbeiterbezirk. Der Bestand an altem Wohnraum war im Vergleich mit anderen Stadtteilen hoch, die Mieten noch relativ preiswert.

Das war der Grund, warum viele türkische Familien sich in Kreuzberg eine billige Bleibe suchten. Die steigende Arbeitslosigkeit Ende der 70er und in den 80er Jahren führte zu einem Zustrom sozial benachteiligter deutscher Bevölkerungsgruppen nach SO 36. Der Anteil der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger an der Gesamtbevölkerung stieg in Kreuzberg schneller als in anderen Stadtteilen Berlins. Die Arbeiter und Angestellten, die noch in Lohn und Brot standen, zogen weg. Sie wollen die sozialen Probleme nicht tagtäglich vor der eigenen Haustür sehen und hoffen, ihre heile, kleinbürgerliche Welt erhalten zu können, indem sie den Brennpunkten des sozialen Elends entfliehen.

Zu all diesen Problemen kam Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre der Leerstand vieler Wohnungen und alter Miethäuser. Begünstigt durch Kahlschlagsanierung, durch Bau- und Bodenspekulation, hofften die Besitzer durch Entmietung und Abriß ihre Profite steigern zu können. SO 36 wurde zu einem Brennpunkt der Hausbesetzerbewegung. Die meisten in Berlin besetzten Häuser lagen in diesem Stadtteil und die Hausbesetzer-Szene in Kreuzberg, die sich selbst als antikapitalistische politische Bewegung verstand, wurde zu einem Unruhepotential, das der Senat auch durch Lösungsversuche — polizeiliche Räumung oder Verträge — nicht beseitigen konnte.



»Selbst«mord in der Untersuchungshaft

Der 29jährige Norbert Kubat hat sich in der Nacht zum 26.5.87 in der Untersuchungshaft das Leben genommen. Norbert war in der Nacht des 1. Mai in stark angetrunkenem Zustand festgenommen worden. Am 2. Mai erließ ein als Haftrichter fungierender Verkehrsrichter Haftbefehl wegen des Verdachts des schweren Landfriedensbruches. Die Polizei warf Norbert Kubat vor, einen Stein gegen ein Feuerwehrauto geworfen zu haben. Nach Angaben seines Anwaltes sei es zweifelhaft gewesen, ob die gegen ihn erhobenen Vorwürfe in einer Hauptverhandlung überhaupt standgehalten hätten. Die Zeugenaussagen über den Zeitpunkt des Steinwurfes hätten erheblich geschwankt.

Norbert Kubat saß in Einzelhaft, d. h. 23 Stunden Einschluss täglich. Besuch durfte er nur alle 14 Tage empfangen. Wegen der Haftbedingungen war er »psychisch ziemlich fertig«, erklärte sein Anwalt. Norbert erhielt auf eigenen Wunsch in

der U-Haft Psychopharmaka. Vor seinem Haftprüfungstermin erklärten ihm Staatsanwalt und Richter, daß er keine Haftverschonung bekommen werde und mit einer Haftstrafe von mindestens zwei Jahren ohne Bewährung zu rechnen habe, da noch eine halbjährige Haftstrafe auf Bewährung offen sei. Norbert Kubat hatte sich an Protestaktionen gegen die Ermordung Günter Saré's beteiligt, war dabei festgenommen und verurteilt worden.

In einer Stellungnahme zum »Selbstmord« von Norbert Kubat erklärte der Senat, daß er auf weitere Unruhen vorbereitet sei.

Norbert Kubat ist unmittelbares Opfer der Politik von Senat und Justiz geworden. An den Festgenommenen sollte stellvertretend für alle Beteiligten der Unruhen Härte und Abschreckung demonstriert werden, um das Recht und die Ordnung der Herrschenden aufrechtzuerhalten. Durch seine Teilnahme an Demonstrationen und Protestaktionen hatte Norbert Kubat gezeigt, daß er diese Ordnung und die hinter ihr stehenden Interessen ablehnte und bekämpfte. ■

Schon in den 70er Jahren nach dem Zerfall der Studentenbewegung hatten sich viele Leute der linken Szene, alternative Projekte und Kollektive in Kreuzberg niedergelassen, weil sie hier am ehesten die Möglichkeit hatten, nach ihren Vorstellungen zu leben und zu arbeiten. Von den Hausbesetzern bis hin zur AL (Kreuzberg über 20% der Wählerstimmen) entwickelte sich eine lockere politische Struktur und viele persönliche Verbindungen untereinander entstanden.

SO 36 unterscheidet sich nicht nur durch die größere Armut von anderen Berliner Stadtteilen. Das Leben findet mehr auf der Straße, in der Öffentlichkeit statt. Trotz der Unterschiede und Differenzen der verschiedensten sozialen Gruppen gibt es einen Austausch, viele Berührungspunkte und auch Toleranz den »Anderen« gegenüber. Das macht auch den Reiz Kreuzbergs aus, weil die Kommunikation nicht an der verschlossenen Haustür endet. Das alles war und ist Teil der Entwicklung zum »Ghetto Kreuzberg«.

Genausowenig wie der amerikanische Kapitalismus oder die herrschende Klasse in Großbritannien die Herausbildung von Ghettos und das Entstehen sozialer Revolten in den Slums verhindern konnte, ist die Entwicklung in Kreuzberg durch eine »gerechtere« Sozialpolitik aufzuhalten. Im Gegenteil — die herrschende Klasse wird der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung noch weitere Opfer abverlangen, um die kapitalistische Krise in ihrem Sinne zu lösen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt zu erhalten und auszubauen.

In einer Abgeordnetenhausdebatte Mitte Mai '87 mußte Wirtschaftssenator Pieroth zugeben, daß er mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in Berlin rechnet. Der Ausbau Berlins zu einem »Wissenschafts- und Technologie-Zentrum« hat zwar dem Kapital Vorteile und Profite verschafft, aber kaum neue Arbeitsplätze beschert. Und auch die vom Senat mit Unterstützung der Gewerkschaften begonnene »Beschäftigungsoffensive« (mit Trainingsarbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose, mit staatlichen Subventionen für Unternehmer bei Neueinstellungen) ist im Sande verlaufen.

Die sozialen Probleme und Spannungen werden also eher zunehmen — und nicht nur Kreuzberg ist davon betroffen. In einzelnen Straßenzügen und Wohnvierteln Neuköllns und Weddings vollzieht sich ein ähnlicher Prozeß wie in SO 36. Steigende Arbeitslosigkeit, Zunahme der Sozialhilfeempfänger und steigende Mieten durch Beseitigung der Mietpreisbindung werden noch mehr Menschen aus ihren bisherigen Wohnungen vertreiben und die Herausbildung weiterer Ghettos fördern. Auch jene, die dem Kreuzberger Kiez durch Wegzug entflohen sind, haben keine Garantie, daß sie von der kapitalistischen Wirklichkeit, der sich verschärfenden Krise, nicht eines Tages eingeholt werden.

Aufstandsbekämpfung in Kreuzberg

Die Herrschenden haben am 1. Mai einen Rückschlag erlitten. Inzwischen haben sie ihre Kräfte neu geordnet und konzentriert, um in Zukunft wirkungsvoller vorgehen zu können. »Künftig wird die Polizei Hab und Gut der friedli-

chen Bürger besser vor Gewalttätern und Gewaltpredigern schützen müssen, die ...alles, was ihnen in die Quere kommt, zerschlagen wollen! ...Zerstören kann jeder Dummkopf ... Gehen Sie nicht den Radikalen von links und rechts auf den Leim. Jede Form der Rechtfertigung des Straßenterrors und des Plünderns ist Wasser auf deren Mühlen».

So war es in einer Erklärung der CDU direkt nach dem 1. Mai zu lesen. Die Antwort der Herrschenden auf die Unruhen ist: Mehr Polizei — Polizei jeder Art, mit mehr und besserer Bewaffnung, Sonderpolizei, geheime Polizei. Die ganze politische Weisheit der Regierenden einer untergehenden Ordnung: Bajonette. Nur — auf Bajonetten kann man nicht ewig sitzen. Aber etwas anderes weiß die herrschende Klasse nicht mehr, um die sozialen Probleme zu lösen.

Innensenator Kewenig gab in einer Abgeordnetenhausdebatte über den 1. Mai bekannt, wie das neue Konzept der Polizei aussehen soll: Verstärkte Polizeipräsenz in Kreuzberg, Verlegung des Sonder-Einsatz-Kommandos nach SO 36, verstärkter Einsatz von Zivilfahndern, Verbesserung der polizeilichen Einsatzleitung (die Verstärkung soll schneller herangeschafft werden). Mit diesen Methoden sollen Unruhen schon im Keim erstickt werden und möglichst viele Festnahmen erfolgen, um der Öffentlichkeit und der Springerpresse Erfolge präsentieren zu können. Wie das konkret aussieht, zeigte schon die Nacht des 16. Mai (siehe auch Bericht in dieser Ausgabe). Die weitere Abschreckung wird der Klassenjustiz übertragen — mit drakonischen Strafen (21 Monate für 2 Steinwürfe eines Betrunkenen) und der massenweisen Verordnung von Untersuchungshaft.

Was wir an staatlicher Gewalt und Repression auf den Straßen Kreuzbergs und in den Sälen der bürgerlichen Justiz sehen können ist nur ein Teilausschnitt. Längerfristig muß der Senat versuchen, die Kräfte in SO 36, die den sozialen Protest politisch und praktisch organisieren könnten, zu lokalisieren, zu isolieren und auszuschalten. Die Hausdurch-

Erste Anzeichen dafür, daß dies ein heißer Sommer werden könnte, hatte der Senat durch den Anschlag auf die Magnetbahn erhalten, den eine »Autonome Arbeitsgemeinschaft« begangen haben will, die damit gegen die »verfehlte Subventionspolitik« protestierte. In Kreuzberg ist wieder einmal deutlich geworden, daß es in Berlin neben der Mauer, die an der innerdeutschen Grenze steht, noch eine zweite Mauer gibt, die ungefähr mit dem Verlauf der Potsdamer Straße identisch ist und »die da oben« von »denen da unten« trennt.«

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 5. 5. 1987

suchungen nach Festnahmen dienen auch diesem Ziel, läßt sich doch so feststellen, wer zu diesen Kräften zählt und wen die Polizei als sogenannten Mitläufer einstufen kann. Der Großteil dieser Maßnahmen wird allerdings nicht öffentlich im Parlament oder in der Presse erörtert.

Die Stärke des 1. Mai — der gemeinsame Kampf

Was die Stärke des 1. Mai und der linken und autonomen Szene in Kreuzberg ausmacht ist, daß die sozialen Spannungen sich nicht im Kampf verschiedener Gruppen und Minderheiten gegeneinander entluden, sondern es zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Provokation der Polizei kam. So berichtet ein Kreuzberger Sozialarbeiter »Aus Erzählungen eines kurdischen Jugendlichen habe ich entnommen, wie glücklich er war, aus der Zaungastrolche als Ausländer rausgekommen zu sein. Er hat es empfunden wie eine Befreiung von einer Behinderung«.

750 JAHRE SIND GENUG!

AM 1. MAI HABEN DIE BULLEN UNSER STRASSENFEST AUF DEM BRUTAL LAUSEPLATZ ANGEGRIFFEN UND MIT GASGRANATEN AUFGELOST.



IN DEN FOLGENDEN STUNDEN ERLEBTE SIE DIE HEFTIGSTE STRASSENSCHLACHT DER LETZTEN JAHRE: - IMMER WIEDER WURDEN SIE ANGEGRIFFEN UND VERTRIEBEN - DER KIEZ STUNDENLANG BULLENFREI - BARRIKADEN BRANNTE LICHTERLOH - DIE REGALE MEHRERER SUPERMÄRKTE WURDEN AUSGERÄUMT.

WAR WAS SICH HIER SPONTAN AUSBRÜCKTE DER LANG AUFGESTAUTE HASS UND WUT VIELER DARÜBER.

- DASS SIE IMMER WENIGER ZU FRESSEN HABEN UND DIE BONZEN IM ICE PRASSEN, - DASS WIR IMMER NOCH IN DEN LETZTEN LÖCHERN HAUSEN MÜSSEN, - DASS WIR DAS GANZE LEBEN LANG VOR HAUSBESITZERN, SOZIALAMTSBÄRSCHEN, CHEFS UND BULLEN BUCKELN UND KRIECHEN SOLLEN,



..... - DASS DIE BULLEN AM MORGEN DAS VOLKSZÄHLUNGS BOYKOTT INFORMATIONEN BÜRO DEMOLIERT HATTEN. DIE POWER AUF DER STRASSE FÜHRTE DAZU DASS DIE BULLEN LANGE ZEIT WIE HASSEN RENNEN MUSSTEN.



BEI MORGEN SCHLUGEN DIE BULLEN MIT WASSERWERFERN, RÄUMUNGSPANZERN UND SEK-SCHLÄGERTRUPPS ZU. VIELE WURDEN ZUSAMMENGESCHLAGEN UND TEILWEISE SCHWER VERLETZT. 47 SIND FESTGENOMMEN WORDEN

ZEUGEN VON VERHAFTUNGEN SOLLEN SICH BEIM ERMITTLUNGS-AUSSCHUSS (TEL. 692 22 22) MELDEN. KÜMMERT EUCH UM DIE BEFANGENEN!

DER LANG ANGESTAUTE HASS UND DER BLK AUS DEN SUPERMÄRKTE HABEN DAZU BEFUHRT, DASS AB MITTERNACHT EINIGE BLIND UM SICH GESCHLAGEN HABEN. WIR FINDEN ES BESCHISSEN, WENN KLEINE LÄDEN PLATT GEMACHT WERDEN, LEUTE HIER AUS DEM KIEZ ZU SCHAADEN KOMMEN UND MIT FEUER LEICHTSINNIG UMGEANGEN WIRD! WIR FORDERN ALLE AUF, DARAUFGU ACHTEN, DASS SOWAS IN ZUKUNFT UNTERBLEIBT!

WIR WOLLEN MIT DEN BERLINER MENSCHEN HIER IM AUTONOME KIEZ ZUSAMMEN KÄMPFEN, FÜR EIN FREIES UND SELBSTBESTIMMTES LEBEN!



In einem Aufruf zu einer Demonstration gegen die KWU als Produzent von AKWs heißt es: »In den Stunden der Kämpfe stellte sich eine Verbundenheit zwischen Leuten her, die sonst nicht vorhanden ist, und genau darin lag die Stärke der Aktion. An das, was darin zum Ausdruck kam, wollen wir anknüpfen in der Demo gegen KWU und Deutsche Bank und es zielgerichtet gegen die Institutionen der Herrschenden wenden«.

Die Vorstellung, man könne die am 1. Mai entstandenen Gemeinsamkeiten nun auf andere Bereiche, auf den Kampf gegen Atomkraftwerke oder den Reagan-Besuch übertragen, geht allerdings in zwei Punkten an der Realität vorbei.

1. Sie verkennt, was am 1. Mai tatsächlich passierte, was die Motivation vieler Menschen war, die sich erstmals an Auseinandersetzungen beteiligten. Nicht die sogenannten »normalen Kreuzberger« haben den Kampf gegen die Polizei aufgenommen. Anlaß waren die Aktionen der »Autonomen« und die anschließende Räumung des Festes durch Polizei. Etliche beteiligten sich erst, als es relativ gefahrlos durch den Rückzug der Bullen möglich war.

2. Der gemeinsame Kampf gegen die Polizei hat zwar die Differenzen, Unterschiede und Konkurrenz der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Nacht des 1. Mai eine Zeitlang zurücktreten lassen, sie sind damit aber nicht aufgehoben worden. Die herrschende Klasse wird versuchen, diese Differenzen zu schüren und die Bevölkerung Kreuzbergs zu spalten, um einzelne Gruppen für ihre Ziele einzuspannen und kaufen zu können.

Nicht automatisch führt Massenarbeitslosigkeit dazu, daß sich Jugendliche gegen Staat und Kapital erheben. Die Ausländerfeindlichkeit hat in den letzten Jahren zugenommen. An vielen Berufsschulen wird diese Entwicklung deutlich und in anderen Berliner Bezirken, wie Wedding, Reinickendorf, Spandau und Rudow erhalten die Skins und Nazis gerade von Jugendlichen Zulauf. Der Schutz durch und ihre punktuelle Zusammenarbeit mit der Polizei zeigen, die Herrschenden wollen und werden diese Gruppen nutzen im Kampf gegen antifaschistische und revolutionäre Kräfte.

In Kreuzberg treten faschistische Organisationen zwar nicht öffentlich auf. Aber das muß nicht so bleiben. Gelingt es uns nicht, über spontane Revolten hinaus dem Widerstand eine langfristige Perspektive zu bieten, können bei steigender Arbeitslosigkeit rassistische und faschistische Gruppen auch in Kreuzberg an Einfluß gewinnen; es wird nicht ohne Einfluß bleiben, was sich um SO 36 herum in anderen Bezirken entwickelt.

Wie kann es in Kreuzberg weitergehen?

In einem Flugblatt erklären Berliner »Autonome« u.a.: »Wir finden es beschissen, wenn kleine Läden platt gemacht werden, Leute aus dem Kiez zu Schaden kommen und mit Feuer leichtsinnig umgegangen wird. Wir fordern alle auf, darauf zu achten, daß so etwas in Zukunft unterbleibt!« (siehe Faksimile)

Der Apell zeigt in die richtige Richtung. Er genügt aber nicht. Denn in einem solchen spontanen Ausbruch wie am 1. Mai steht für die Unterdrückten die Möglichkeit, ihre ganze Wut und ihren Haß auf die bestehenden Verhältnisse rauszulassen im Vordergrund, sie stellen dabei keine langfristigen oder politischen Überlegungen an. Ob nun große oder kleine Läden, für etliche Jugendliche ist die Frage, was man sich aus den Geschäften aneignen kann, wichtiger. Es ist in Zukunft zu erwarten, daß der Gegner (vor allem Polizei- und Verfassungsschutz) gerade hier durch gezielte Provokation und eingeschleuste Elemente versuchen wird, das Ganze in Verruf zu bringen, zu spalten, um dann umso skrupelloser zuschlagen zu können.

Das kann nur verhindert werden wenn:

● Aus der »autonomen Bewegung« sich Kräfte entwickeln, die politischen und praktischen Einfluß auf größere Teile der Bevölkerung in SO36 gewinnen, die den spontanen Erhebun-

gen auch Ziel und Richtung geben können, indem sie bei ihren taktischen und strategischen Problemen auch die Situation außerhalb Kreuzbergs berücksichtigen.

● Die politische Aufklärung unter den Massen begonnen und verstärkt wird, daß der Kampf gegen das kapitalistische System geführt werden muß, als dem allein Verantwortlichen für die Mißstände und die Verelendung. Daß unterschieden werden muß zwischen dem unversöhnlichen Gegner, den möglichen Verbündeten, die gewonnen werden müssen und denen, die heute schon entschlossen sind, Widerstand zu leisten gegen den Kapitalismus.

Diesen Aufgaben kann man nur gerecht werden, wenn man beginnt, eine langfristige, kontinuierliche Stadtteilarbeit mit den Betroffenen in Kreuzberg zu betreiben.

Ansätze dazu gab und gibt es, u.a.:

● Die Versuche von Antifa-Gruppen, über Diskussionen und Veranstaltungen in Jugendheimen zu Absprachen mit türkischen Jugendlichen zu kommen darüber, wie man den Kampf gegen Rassismus und faschistische Gruppen führen kann.

»Weit entfernt,
den sogenannten Exzessen, den Exempeln der Volkstache
an verhaßten Individuen oder
öffentlichen Gebäuden, an die sich nur
gehässige Erinnerungen knüpfen, entgegenzutreten,
muß man diese Exempel nicht nur dulden,
sondern ihre Leitung selbst in die Hand nehmen...«

FRIEDRICH ENGELS

● Die Aktivitäten des Arbeitslosenladens, z.B. auf dem Sozialamt, die Versuche, die Betroffenen in der Vertretung ihrer Interessen zu unterstützen und zu stärken.

● Durch die Kiezküchen

● Durch die Betreuung der Gefangenen und die Unterstützung ihrer Freunde und Familien.

Die Auseinandersetzung wird nicht durch die Schlachten mit der Polizei (wie am 1. Mai) allein entschieden, mindestens genauso wichtig ist die kontinuierliche Kleinarbeit. Sie schafft letztendlich die Grundlagen, um den Kampf mit dem kapitalistischen Feind zu gewinnen.

Ein weiteres Ziel der Herrschenden ist es, den Unruheherd zu isolieren, andere Stadtteile, aber vor allem das Herz der kapitalistischen Gesellschaft, die Produktion in den Betrieben vor sozialen Auseinandersetzungen zu bewahren. Alle Möglichkeiten müssen genutzt werden, um die Kolleginnen und Kollegen in Betrieben und Gewerkschaften über die Ursachen aufzuklären, die Spaltung zwischen ihnen und den »Kreuzbergern« zu überwinden, weil ihre Solidarität notwendiger werden wird. So wie wir sie brauchen, werden sie auch uns brauchen.

Vor großen Erwartungen sei aber gewarnt. Es ist noch eine verschwindende Minderheit unter den Arbeitern und Angestellten, die sich Gedanken über die Ursachen des 1. Mai machen und Verständnis dafür entwickeln. Erst wenn sie selbst in praktische Auseinandersetzungen mit dem Kapital in Bewegung geraten, werden sie ihre eigene Aufsplitterung in Einzelinteressen und die Differenzen zu den Arbeitslosen, Jobbern usw. überwinden. Auch wenn viele noch glauben, das wachsende Elend existiere für sie nicht, wenn sie es nicht sehen oder sehen wollen — es wird für sie immer mehr zu spüren sein. Denn wer soll mehr Polizei, mehr Gefängnisse, mehr Ausrüstung für die Polizei, wachsende Arbeitslosenunterstützung bezahlen? Die arbeitende Bevölkerung bezahlt auch den üppigen Aufwand der 750-Jahr-Feier, an der sie nicht Anteil hat, deren hochrangige Besucher auch noch vor Teilen der Bevölkerung geschützt werden mußten. ■

Nach einem Punk-Konzert:

»Ausgangssperre« in Kreuzberg

Noch während am 2. Mai Polizei und Stadtreinigung dabei waren, umgestürzte Bauwagen, ausgebrannte Autowracks und andere Folgen der Straßenkämpfe zu beseitigen, demonstrierte der Senat, wie er in Zukunft auf Unruhen zu reagieren gedenkt — durch Rigorosität und Härte. Der größte Teil der in der Nacht zuvor festgenommenen Personen wurde dem Haftrichter vorgeführt, in der Mehrzahl Untersuchungshaft angeordnet und die Anträge auf Haftverschonung mit hektographierten, gleichlautenden Begründungen, ohne wirkliche Prüfung der Einzelfälle, abgelehnt.

Seitdem verging keine Woche, in der Staatsanwaltschaft und Polizei nicht aktiv wurden:

- durch ständige Behinderung von Volkszählungsboykott-Aktivitäten und Festnahme von Flugblattverteilern;
- durch die Beschlagnahme der Post von AL, TAZ und Boykott-Initiativen;
- durch die Durchsuchung des alternativen »Radio 100« und der Beschlagnahme vieler Tonbänder.

Was die Polizei bei »Radio 100« suchte, das war der Mitschnitt des Polizeifunks über einen Einsatz vom 16. 5. 87 in Kreuzberg.

Die Nacht des 16. Mai in Kreuzberg

Am 4. 6. erklärte Bürgermeister Diepgen in einem TAZ-Interview auf die Frage, was ein Anti-Berliner sei: *»Jemand, der Autos ansteckt, kleine Geschäfte plündert, Gewalt anwendet, damit gegen den Geist von Toleranz und gegen Gesetze verstößt, der damit deutlich macht, daß er sich außerhalb der Gesellschaft bewegt.«*

Rund 14 Tage vorher hatte der Senat klargemacht, wie er seinen Untertanen in preußischer Tradition — wir feiern schließlich ein historisches Jahr — die gewünschte Toleranz (gegenüber den bestehenden Verhältnissen) und Gesetzestreue einbleuen will: mit dem Knüppel. Schon seit dem 2. Mai demonstrierte die Polizei in Kreuzberg Stärke. Der massenhafte Einsatz von Zivilfahndern sollte bei der Bevölkerung ein Gefühl der Unsicherheit und Angst erzeugen und so verhindern, daß die ständige Polizeipräsenz auf Gegenwehr stößt.

Am Abend des 16. Mai war dann die **Stunde der Polizei** gekommen — sie durfte nicht nur militärische Überlegenheit zeigen, sondern auch anwenden. Im Anschluß an ein Punk-

konzert aus Solidarität mit den Gefangenen des 1. Mai stürzten einige Leute einen Bauwagen um und zündeten ihn an. Die Polizei räumte die Oranienstraße, sperrte sie ab, löschte den Bauwagen und räumte die Barrikade beiseite.

Anschließend rasten die Bullen mit ihren Wannen, ihren Wasserwerfern und einem Schützenpanzer mit Räumschaufel durch die Straßen von SO 36. Kleinere Gruppen von Demonstranten und Schaulustigen wurden immer wieder mit Tränengas beschossen, mit dem Wasserwerfer von den Straßen getrieben oder durch Knüppeleinheiten überfallen.

Was anfangs wie eine Überreaktion der Polizei aussah, entpuppte sich im Laufe der Nacht als ein großangelegtes Manöver. Stundenlang, bis morgens um 6 Uhr, durften die Besucher einer Discothek das Gebäude nicht verlassen, ein türkisches Lokal wurde mit Tränengasgranaten eingeräuchert, Gäste, die aus der Kneipe flüchten wollten, mit Knüppelschlägen wieder zurückgetrieben.

70 Bewohner und Besucher Kreuzbergs wurden in der Nacht festgenommen. Nach 2—3 Stunden hatte die Polizei die Lage *»unter Kontrolle«*. In Teilen Kreuzbergs war kein Mensch mehr auf der Straße. Damit nicht nur die Bewohner, sondern auch die verschiedensten Gegenstände in den Häusern blieben, leuchtete die Polizei Fassaden und Dächer mit Suchscheinwerfern ab. Der Senat hatte für die Nacht des 16. Mai zwar keine Ausgangssperre verkündet, sie aber für SO 36 de facto durch seine Polizeitruppen durchsetzen lassen.

Nicht der Widerstand der Bevölkerung — den gab es nur am Anfang und ganz vereinzelt — machte diese Aktion der Polizei notwendig. Dahinter stand ein von der Innenverwaltung strategisch und taktisch durchgespieltes Manöver zur Einschüchterung der Kreuzberger.

Einsatzplanung von höchster Stelle

Am nächsten Tag feierte der Senat den Polizeieinsatz als großartigen Erfolg der aus dem 1. Mai gezogenen Konsequenzen. Die SPD dankte der Polizei für ihr *»besonnenes Handeln«*, das größere Ausschreitungen verhindert hätte. Diesen Erfolg darf sich Innensenator Kewenig persönlich zugute halten. Er saß in jener Nacht in der Einsatzzentrale der Polizei und führte die Oberaufsicht.

In einer Sendung von »Radio 100« wurde der abgehörte und mitgeschnittene Funkverkehr der Polizei veröffentlicht, der dem Sender zugespielt wurde. Der Mitschnitt beweist: Die örtliche Einsatzleitung hatte schon sehr früh erkannt, daß die Eskalation von Seiten der Polizei ausging und wollte ihre Kräfte zurückziehen. Der Befehl zum Durchgreifen kam von ganz oben (Siehe den Funkverkehr) und war in dieser Form schon lange vorher geplant.

Den Unruheherd Kreuzberg einkesseln und dann den Deckel (Polizei/Justiz) auf den Topf — so will der Senat die Ruhe zur Geburtstagsfeier in diesem Jahr sicherstellen. Es mag ihm vielleicht gelingen, die Öffentlichkeit (= die Pressefürsten der Kochstraße und der Potsdamer Straße/die Herrschenden dieser Stadt/die Bau- und Bodenspekulanten/die Geschäftsleute und Profiteure des 750-Jahr-Spektakels) eine Weile in Sicherheit zu wiegen. Sie werden allerdings einen Preis dafür bezahlen müssen. Der Druck im Topf muß steigen, denn die sozialen und politischen Ursachen für die Unruhe werden damit nicht beseitigt — eher verschärft. Wann und wie sich dieser verstärkte soziale Druck entlädt, darüber läßt sich nur spekulieren. Es hängt von vielen objektiven und subjektiven Faktoren ab. Aber — wir können uns politisch und praktisch darauf vorbereiten.

Juni '87 ■



Selbstbedienungsladen für BRD-Polizisten

Der Polizei-Einsatz nach dem Punk-Konzert am 16. Mai

Zum besseren Verständnis haben wir den einzelnen Durchsagen die Sprecher in **halbfett** vorangestellt, soweit sie auf dem Band identifiziert werden konnten. Sie stehen teilweise an Stelle der durchgesagten Kennzahl. *Kursiv* gesetzte Texte sind tatsächliche Durchsagen:

Wagen 481: Heinrichplatz — nahezu normal... 481 steht jetzt hier am Heinrichplatz, wir beobachten, wer eventuell Wasserwerfer angreift, diese Personen werden dann festgenommen.

Wagen 83/85: Es bleibt dabei auch, wir bleiben weiter auf dem Heinrichplatz.

... und hin und her.

... gerade jetzt die anderen Kräfte aus unserem Raumschutzabschnitt ... wegzuschicken.

... versuchen Sie zu ermitteln, woher WaWe Heinrichplatz — der sollte hier langsam abziehen. Wir provozieren.

Wagen 181 für Einsatzleiter: der Wawe wird abgezogen.

... mal fliegt ein Stein, dann ist wieder nichts, es ist ein Hochschaukeln ursächlicher Art.

Einsatzleiter: Einsatzleiter hört mit. Wieviel Störer sind denn da? Sind denn da überhaupt Störer zu erkennen?

Ja ja, verteilt 100 bis 150, aber alle ungeschlüssig, ein, zwei Kamikaze, aber sonst — keiner weiß, was er will.

... 81.

Einsatzleiter: Einsatzleiter hört.

Hier eine typische Eskalation. Ohne Sinn wird Tränengas abgeschossen, kein Grund erkennbar, Wasser marsch, ohne Sinn, hier geht jetzt die Eskalation von Seiten der Polizei. Bitte PFDE (**Polizeiführer des Einsatzes**) sofort auffordern, diese Kräfte jetzt zurückzuziehen, das ist eine sinnlose Provokation nur durch Polizei.

... **Wagen 181 und 250.** Es ist Folgendes gekommen vom PFDE. Sämtliche Ansammlungen sind aufzulösen. Es ist also nicht gestattet, irgendwelche Störer irgendwo sich sammeln zu lassen und es sollen Festnahmen gemacht werden. Daher wahrscheinlich diese Einsätze.

... Bravo! (**Zwischenruf**)

Alle Personen am Heinrichplatz sind passiv. Die Polizei...

Einsatzleiter: Hier Einsatzleiter. Eine Weisung vom PFDE.

... Wer hat Kommando zum Absitzen gegeben?

Wagen 481 an alle ..kräfte, es sitzt kein 80er Wagen ab.

... ist in Ordnung, **Wagen 83** verstanden.

Wagen 81, 85, 87, sitzen auf dem Wagen, sitzen und sitzen nicht mehr ohne Kommando ab. Hier fangen sie an selbst zu provozieren...

Ab sofort keine Kamikaze-Aktionen mehr.

Einsatzleiter, 181, vollkommen richtig. Der Räumbefehl gilt nicht für uns, das war nur über Befehlsstelle an alle durchgegeben.

Wir werden jetzt sinnlos die Wege...

Am Heinrichplatz stehen ca. 120 bis 150 Personen, aber verteilt, ohne Aktivität, ohne Steinwurf, Potential ist vorhanden, aber keine Aktivität.

Einsatzleiter: Einsatzleiter hört mit.

Schlage vor, wir ziehen wieder ab, wir provozieren, aber es ist nichts.

Einsatzleiter: Einsatzleiter hört.

Hier haben wir eben einen Steinwurf, unsere Frontscheibe hat eine starke Splitterung, der Wagen wurde beworfen nur wegen der Aktivitäten.

Für Einsatzleiter: Wo war das gewesen?

Am Heinrichplatz.

Verstanden. Ja dann, hin zum Heinrichplatz, auch Wagen 181, 83 und 87.

Neue Richtlinie gegeben vom Direktionsleiter. Bitte wiederholen... Folgende Richtlinie vom Direktionsleiter: Auch Gruppen, die Ihr auf der Straße seht, also alles, was auf der Straße ist, wenn möglich einfangen, und dann schick ich EB (**Einsatzbefehl**) zur Übernahme der ASOG. Frage verstanden?...

Verstanden. Bloß dann sind wir ja in wenigen Minuten ausgeschaltet.

Gut, aber einfach Gruppen einfangen, die auf der Straße sind. Alles, was auf der Straße ist, soll eingefangen werden? ... dann sind wir ausgeschaltet in wenigen Minuten.

Okay, und denn schick ich euch den EB, die sie Euch abnehmen.

... Fahr zum Heinrichplatz.

Wagen 87 für Einsatzleiter.

Wagen 181 hört.

Jetzt folgende Richtlinien: Alle, was auf der Straße da rumläuft, einfangen und wenn der Wagen voll ist, Reichenberger Straße Ecke Skalitzer südlich Hochbahn, dort werden sie Euch abgenommen. Nicht nur räumen, sondern auch ASOG, alles einfahren jetzt.

Alles klar.

Okay, Gefangenen-Transporter 215 noch mal für Einsatzleiter: Gefangenen-Transporter 206, Sie bitte, wenn fertig, Standort Reichenberger Ecke Skalitzer, südlich Hochbahn, dort alles uns abnehmen, was wir einfangen.

Verstanden, Reichenberger Ecke Skalitzer, südlich von der Hochbahn. Dauert ja noch einen Moment.

Hier Einsatzleiter an alle. Einsatzleiter an alle: Moment Funkstille bitte. An alle: ... SIPO-Festnahmen ... Urbankrankenhaus, Rettungsaufnahme, dort Gefangenen-Transporter 206. ASOG-Festnahmen, wie beschrieben: Ecke Reichenberger Ecke Skalitzer... mit Quittung.

aus TAZ, 20. 5. 1987 ■

Der Faschismus in Deutschland

Band 1

Analysen, Kommentare und Berichte der KPD-Opposition aus der Zeit zwischen 1928 und 1933.

Nachdruck der 1973 bei EVA erschienen Ausgabe, erweitert um zwei neue Abschnitte:

VII. Faschistische Parolen und Schlagworte

VIII. Kommentare, Berichte und Notizen

293 Seiten, Klebebindung

DM 12,-

August Thalheimer

Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie

Zu den Vorstellungen des ADGB (Naphtali) über die Umwandlung der kapitalistischen Ordnung · 1928
Mit einem Nachwort zur Montan-Mitbestimmung 1981
53 S., Broschur

3,- DM

GESELLSCHAFT
ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS DER
ARBEITERSBEWEGUNG e.V.

Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15

BERLIN



Reagan in Berlin – die Polizei probt den Bürgerkrieg

Zur 750-Jahr-Feier durften sie natürlich nicht fehlen — die Repräsentanten der drei »Schutzmächte«. Während der Besuch der Queen immerhin noch die Leser des »Grünen Blattes« und ähnlicher Gazetten auf die Beine bringen konnte — der Anteil alleinstehender älterer Damen ist in Berlin besonders hoch —, verlief die Visite des französischen Präsidenten Mitterrand fast unbemerkt von der Öffentlichkeit ab. Und dem Besuch des US-amerikanischen Präsidenten wäre ähnliches zuteil geworden, hätte nicht seine Anwesenheit die **Gegner seiner Politik** mobilisiert und den Berliner Senat und seine Polizei vor besondere Probleme gestellt. Der Schauspieler, der als Garant der Freiheit und Sicherheit Westberlins auftreten sollte, wurde selbst zum Sicherheitsproblem Nr. 1 in der Stadt.

Der Tiergarten wurde vom britischen Stadtkommandanten nach alliierterem Recht zur Bannmeile erklärt, jegliche Demonstration und Äußerung des Unmuts in diesem Gebiet damit untersagt. Die Straßenzüge rund um den Tiergarten wurden von der Polizei schon am Vorabend des Besuches gesperrt, die wichtigste Verbindung zwischen den nördlichen und südlichen Stadtvierteln Berlins war damit unpassierbar. Ebenso wie am Tiergarten, wo Reagan vom Bundespräsidenten im Schloß Bellevue empfangen wurde und vor dem Brandenburger Tor seine Rede hielt, wurden die Straßen sowie ein Abschnitt der Stadtautobahn um den Flughafen Tempelhof für den öffentlichen Verkehr dichtgemacht.

Eine halbe Million handverlesener Eintrittskarten hatte die US-Mission verschicken müssen, um 20000 Zuhörer als Fernsehkulisse für die Rede Reagans aufbieten zu können, 3000 »Stabilisatoren« (Polizeibeamte in Zivil) sorgten innerhalb dieses sicherheitsüberprüften Publikums — zur Hälfte Amerikaner — für die Ausschaltung von Unmutsäußerungen und Protest (in Westberlin leben 14000 US-Familien).

So war für große Teile der desinteressierten Berliner Bevölkerung der Reagan-Besuch nur durch das Verkehrschaos, durch Fahr- und Parkverbote spürbar. Unter den vielen Journalisten — in aufrichtigem Bemühen, der Präsidenten-Visite

wenigstens auf den Seiten der Zeitungen und Zeitschriften ein wenig Glanz zu verleihen — machte sich Enttäuschung und Unmut über die Sicherheitsvorkehrungen breit, die ihre Arbeit behinderten. Selbst die Ostberliner Jugendlichen, die wenige Tage vorher den Klängen eines Westberliner Rockkonzertes vor dem Reichstag lauschen wollten (es war auch in Ostberlin zu hören) und sich »Unter den Linden« mit der Volkspolizei Rangeleien lieferten, riefen nicht nach Reagan, sondern nach Gorbatschow.

Die Gegner der US-Politik machen mobil

Wesentlich erfolgreicher bei der Mobilisierung als der Berliner Senat waren die Gegner der US-Politik. 50000 brachten sie am Abend des 11. 6. auf die Beine. 140 Gruppen und Organisationen hatten den Aufruf zu einer Protestdemonstration unterzeichnet. Auch einige Untergliederungen der SPD (Jusos, SPD-Schöneberg) hatten gegen die Empfehlung ihres Landesvorstandes, der Reagan ausdrücklich in Berlin willkommen hieß, zur Teilnahme aufgerufen.

Inhaltlich hatten die Organisationen und Gruppen des Anti-Reagan-Bündnisses nicht viel Neues zu bieten. In Aufrufen und Flugblättern wurden Hochrüstung und amerikanische Interventionspolitik in der »Dritten Welt« moralisch verurteilt. So bestand die Funktion des Bündnisses im wesentlichen in der Festlegung des technischen Ablaufs der Demonstration und in dem Aushandeln der Route und des Kundgebungsplatzes mit Behörden und Polizei. Neu war, daß Vertreter der »Autonomen« sich an den Absprachen beteiligen und auch zu der Großdemonstration aufrufen. Anders als beim letzten Reagan-Besuch vor fast genau fünf Jahren war damit verhindert, daß sich der Protest in einen friedlichen und einen militanten Teil aufspaltete und es der Polizei möglich war, wie 1982 die »Autonomen« am Nollendorfplatz zu binden und einzukesseln. Das Bündnis und die Vertreter der »Autonomen« einigten sich darauf, daß der »schwarze Block« in der Mitte des Demonstrationzuges marschieren sollte. Ein



heute ...

Polizeispalier des »Autonomen-Blocks« wurde einhellig abgelehnt, und die Demonstrationsleitung wollte sich dafür einsetzen, es auch zu verhindern. Die Polizei sicherte dem Bündnis zu, auf ein Spalier zu verzichten. Sie wollte stattdessen einen mobilen Objektschutz organisieren. Der Kundgebungsplatz wurde auf Verlangen der Polizei und nach einem Gerichtsurteil vom Breitscheidplatz zur Urania verlegt, was der Polizei erleichtern sollte, ein Zurücksickern von Demonstranten in den City-Bereich zu verhindern.

Die Vorbereitung der Polizei

Nach dem 1. Mai lief die Vorbereitung des Reagan-Besuchs durch Senat und Polizei auf Hochtouren. Konnten die Regierenden ihre Anhänger schon nicht motivieren und mobilisieren, so sollten wenigstens die Gegner der US-Politik nicht die Straßen und die Schlagzeilen beherrschen. Die Maßnahmen in Kreuzberg dazu sind bekannt (siehe Berichte zum 1. und 16. Mai).

Um die Berliner Polizei zu verstärken, wurde zum ersten Mal Verstärkung aus der BRD herangeschafft. Während früher preußisches Militär und preußische Polizei für Ruhe und Ordnung in deutschen Landen sorgten, durften sich jetzt zehn Hundertschaften aus Bayern, Hessen, Hamburg etc. revanchieren. 10 000 Polizisten konnte der Berliner Senat somit direkt zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und für die Sicherheit Präsident Reagans aufbieten (Berlin besitzt mit insgesamt 20 000 Polizisten die größte Polizeidichte aller europäischen Großstädte). Nach ihrer Ankunft wurden die westdeutschen Kollegen mit den örtlichen Gegebenheiten Kreuzbergs bekanntgemacht, wo die Polizei Hinterhöfe, Häuser und Dächer inspizierte. Ab Pfingsten begann die Polizei mit starken Grenzkontrollen. In Berlin ankommende PKWs wurden auf Waffen und waffenähnliche Gegenstände untersucht, vor allem, wenn die Insassen jünger als 40 Jahre waren und an ihrem Auto zu erkennen war, daß sie nicht zu den Wohlhabenden in dieser Gesellschaft zählen.

Polizeiführung und Oberstaatsanwalt kündigten in Erklärungen ein hartes und konsequentes Durchgreifen der Ord-

nungskräfte und der Justiz an. 1982 hatte es anlässlich des Reagan-Besuches Haftstrafen bis zu 3 Jahren wegen Landfriedensbruches gegeben. Die Springer-Presse unterstützte die Kampagne des Senats mit entsprechenden Artikeln und Kommentaren. Unter den Gegnern der US-Politik sollte Angst und Unsicherheit erzeugt werden, um möglichst viele von ihnen von einer Teilnahme an Demonstrationen und Aktionen abzuhalten.

»Hönkel-Woche« und Vorbereitung der Autonomen

Die »Autonomen« wollten in einem Redebeitrag zur Kundgebung und durch die Art ihres Demonstrationsblockes und ihrer Aktionen klarmachen, daß man nicht bei Protesten gegen die amerikanische Politik stehen bleiben dürfe, sondern praktischen Widerstand gegen den Imperialismus in West-Berlin leisten soll. Die ständige Präsenz militärischer Stärke der Polizei in Kreuzberg und die Drohungen von Innensenator Kewenig ließen aber auch bei den »Autonomen« die Unsicherheiten steigen. Ist es überhaupt möglich, einer solchen Übermacht der Polizei zu trotzen, wieviele Leute sind zu der Demonstration zu mobilisieren, und wie werden sich die anderen Gruppen und Organisationen bei Auseinandersetzungen mit den Bullen verhalten? Die Widersprüche innerhalb der »autonomen Bewegung« brachen an diesen Punkten auf. In den Fragen, in welcher Situation militante Aktionen angebracht sind, wie man den 1. Mai zu bewerten hat, was in Kreuzberg seitdem passiert ist, konnte keine Einigung erzielt werden. Sie wurden oft unter »militärischen« Gesichtspunkten diskutiert, wobei politische Fragestellungen häufig unter den Tisch fielen.

Zur Vorbereitung der Demonstration und des Besuchs wurde eine »Hönkel-Woche¹« organisiert; verschiedenste Veranstaltungen, Filme, Stadtteilstefen, Kiezküchen usw. gehörten dazu. Für den Abend der Großdemonstration (11. 6.) und den Besuchstag (12. 6.) wurden Kneipen in verschiedenen Stadtteilen als Sammel- und Infostellen für die Szene und ihre westdeutschen Besucher vereinbart und bekanntgemacht.

Die flächendeckende Sperrung von U-Bahn-Linien und Bus-Verkehr in SO 36 war unvertretbar. Die Bevölkerung wird aus Angst vor Störern einfach abgeschnitten. Was sagt das Parlament dazu? Doch dies auch noch in Ansagen als »technische Störungen« zu begründen, das kannten wir bisher nur vom Osten, damals zu Beginn der Blockade. Journalisten immerhin wurden wenigstens auf Rückfrage an die Polizei verwiesen und wußten Bescheid. Also bitte: Während die drüben anfangen, von Glasnost wenigstens zu reden, werden wir doch nicht wenden und die umgekehrte Tour versuchen. <<

TAGESSPIEGEL, 13. 6. 1987

Die Großdemonstration am 11. 6. in der City

Etwa 50 000 Menschen versammelten sich zur Großdemonstration in der Berliner Innenstadt. Die unerwartet große Beteiligung und die Länge des Demonstrationszuges gaben allen Beteiligten trotz des riesigen Aufgebots der Polizei und der Spannung, die über der Demonstration lag, ein Gefühl der Stärke. Es war das ganze Spektrum der Friedens- und Solidaritätsbewegung vertreten. Die gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen machten sich allerdings kaum bemerkbar, ihre Ketten waren an zwei Händen abzuzählen. Auch die GEW, sonst in Berlin bei solchen Anlässen stark vertreten, fiel kaum ins Gewicht. In ihren Reihen hatte wohl

¹ »Hönkel« ist ein neu entstandenes Wort für »Zoff machen und dabei Spaß haben«. Zuerst aufgetaucht ist es vor mehreren Jahren bei den Jugendunruhen in Zürich in der Schweiz.

die »Angst-Kampagne« des Senats die größte Wirkung erzielt. Die Blöcke der bezirklichen Friedensinitiativen, der Solidaritätsbewegung mit Lateinamerika, der AL und der SEW waren neben dem der »Autonomen« die größten. Der Block der »Autonomen« zählte über 4000 Teilnehmer. Er unterschied sich durch seine Geschlossenheit und die Maskierung von den anderen und machte deutlich, daß man auf eine Provokation von seiten der Polizei vorbereitet war.

Während des Demonstrationzuges durch die Innenstadt und über den Kudamm kam es nur zu vereinzelt Auseinandersetzungen — so als ein Filmtrupp der Polizei vor einer Bankfiliale angegriffen wurde und seine Arbeit einstellen mußte. Die Polizei zeigte zwar ihre personelle Stärke, hielt sich aber zunächst zurück. Sie wollte vermeiden, daß es auf

Wir müssen zeigen,

daß wir noch am Leben sind. Guck Dir doch mal den Kasper hier an. Da läuft zum Beispiel eine Oma rum, die kann kaum laufen, die kramt in jedem Mülleimer und holt sich die Flaschen raus. Was issn das? Ist doch Scheiße. Was issn das fürn Staat? Scheißstaat. Ist doch Kacke. Und es gibt Tausende von Beispielen. Wenn du Sozialempfänger bist, gehste dahin und dann wirste auch noch angeschissen; Wie siehst Du aus-und so? Da kriegste noch Ärger. Soll ich deswegen mein Aussehen verändern? ◀

CARO, EIN AUTONOMER

dem Kudamm, vor den vielen Touristen, zu Auseinandersetzungen kam. Gegen Ende der fast 3stündigen Demonstration — der »schwarze Block« war von vielen hinter ihm Marschierenden einschließlich der SEW auf der anderen Straßenseite überholt worden und verließ den Kudamm über die Joachimstaler Straße — begann die Polizei, ein Spalier aufzubauen. Am »Kaufhaus des Westens«, kurz vor dem Kundgebungsplatz, kam es dann zu Auseinandersetzungen. Die Scheiben des Westberliner Nobel-Einkaufszentrums wurden eingeworfen und die Bullen mit Steinwürfen angegriffen. Starke Polizeieinheiten versuchten, einen Keil in den Demonstrationzug zu treiben. Das mißlang. Die Gegenwehr, die Geschlossenheit des Demonstrationsblocks und sich widersprechende Einsatzbefehle verhinderten einen Erfolg der Polizei.

Als die »Autonomen« und der Rest des Demonstrationzuges am Kundgebungsplatz erschienen, waren die Reden schon gehalten, ein Großteil der Demonstranten in den nächsten U-Bahn-Eingängen verschwunden, und die Demonstrationleitung forderte die noch Ankommenden auf, sich nicht provozieren zu lassen und sich schnell aufzulösen. Für die Auflösung versuchte die Polizei zu sorgen. Sie trieb die Demonstranten Richtung Nollendorf- und Winterfeldplatz und versuchte sie mehrmals einzukesseln. Das hatte keinen Erfolg. Bis nach 22.30 Uhr zogen sich die Auseinandersetzungen in der Innenstadt und Schöneberg hin.

Ausnahmerecht in Kreuzberg — »Hamburger Kessel« auf dem Kudamm

Nach Beendigung der Auseinandersetzungen in der Innenstadt konnte die Polizei genügend Einsatzkräfte nach Kreuzberg verlegen. Sie setzte fort, was ihr am 1. Mai mißlungen war und womit sie am 16. Mai begonnen hatte — die Herstellung von Ruhe und Ordnung in einem aufmüpfigen Kiez. Aus den vergangenen Einsätzen hatte die Polizei gelernt. Sie beschränkte sich nicht nur darauf, die Straßen menschenleer zu prügeln, sondern stürmte Häuser, brach Wohnungen auf und durchsuchte sie. Es »gelang« der Polizei erstmals, Zuschauer ihres Einsatzes auf den Dächern zu verhaften. Einen Eindruck des Polizeieinsatzes in der Nacht des 11. 6. 87

in SO36 vermittelte der Bericht des »Tagesspiegel« (siehe Kasten).

Für den 12. 6., den Besuchstag Reagans in Berlin, waren ab 14 Uhr verschiedene Informationsstände und Kundgebungen auf dem Kudamm angemeldet. Von 12.00 bis 15.30 Uhr wurde auf Anweisung der Polizei der U-Bahn- und Busverkehr von und nach SO36 durch die Verkehrsbetriebe eingestellt. An allen Ausfallstraßen des Bezirks bezog die Polizei Stellung, riegelte sie ab und ließ nur ihr unverdächtige Personen und Pkws nach genauer Durchsuchung passieren. Zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg hatte die Westberliner Polizei einen ganzen Stadt-Bezirk abgeriegelt und den »Belagerungszustand« verhängt. Etwa 60000 Menschen konnten ihren Stadtteil nicht mehr betreten oder verlassen.

Um 12.30 Uhr verbot der Polizeipräsident die bereits genehmigten Kundgebungen auf dem Kurfürstendamm. Trotz der Abriegelung Kreuzbergs, wo ein Großteil der Demonstranten die Polizeisperren nicht passieren konnte, trotz massiver Präsenz der Polizei auf dem Kudamm — gegen 15 Uhr formierte sich ein Demonstrationzug mit mehreren hundert Teilnehmern. Er zog mehrmals den Berliner »Prachtboulevard« auf und ab. Als Reagan gegen 16 Uhr zusammen mit dem Bundeskanzler nach Frankfurt flog, schloß die Polizei den Demonstrationzug ein. Sie sorgte für die totale Blockade des Kurfürstendamms. 500 Demonstranten wurden nach Hamburger Muster stundenlang festgehalten, die letzten durften gegen 21 Uhr den Kessel nach Feststellung ihrer Personalien verlassen — gerade rechtzeitig, so daß mit Anbruch der Dämmerung weitere Bulleneinheiten nach Kreuzberg verlegt werden konnten. Hier setzten sie ihr »Werk« der vergangenen Nacht fort. Es kam zu Räumungen, Hausdurchsuchungen, Festnahmen, aber auch zu Widerstand kleinerer Gruppen. Die Auseinandersetzungen zogen sich wieder bis in die frühen Morgenstunden hin.

Die Bilanz der Auseinandersetzungen und der Besetzung Kreuzbergs durch randalierende und schlagende Polizeieinheiten: Dutzende von Verletzten, über 300 Festnahmen und 18 Haftbefehle. Trotzdem, es gelang dem Senat nicht, Protest und Widerstand gegen die Politik Reagans und gegen den US-Imperialismus in Westberlin zu unterdrücken und Ruhe und Ordnung im Interesse der Herrschenden und ihrer Schutzmächte herzustellen. Deutlicher konnte er anlässlich des Reagan-Besuchs nicht zeigen, was vor wem geschützt werden muß — nicht die Freiheit Berlins vor der »Roten Armee« oder der DDR, sondern die Interessen der herrschenden Klasse vor dem Feind im eigenen Land bzw. der eigenen Stadt.

Juni '87 ■

... und damals



Zwischen Heinrich- und Moritzplatz flogen die ganze Nacht Steine

Im Anschluß an die Krawalle in der City und in Schöneberg vom Donnerstag war es nach 23 Uhr in Kreuzberg erneut zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, die bis zum Morgengrauen andauerten. Vor allem die Oranienstraße... war stundenlang Schauplatz von Steinwürfen jugendlicher Randalierer gegen Polizisten und mit großer Härte vorgetragener Räumungsaktionen der Ordnungskräfte.

Bei den Auseinandersetzungen in der Oranienstraße setzte die Polizei, die zuvor in der City lange Zeit zurückhaltend vorgegangen war, mindestens drei gepanzerte Sonderfahrzeuge mit Räumschaukeln und zahlreiche Tränengaspatronen ein. Die in enormer Zahl aufgegebenen Ordnungskräfte — genaue Angaben verweigert die Polizei — setzten bei ihren Räumungsaktionen und Festnahmeversuchen häufig Schlagstöcke ein. Mehrfach wurde auf Beamte mit Pflastersteinen geworfen, vereinzelt »Krähenfüße« auf die Fahrbahn gelegt. Vereinzelt wurden Müllcontainer als Barrikaden auf die Straße geschoben und umgestürzt. Aus einer Wohnung in der Oranienstraße warfen Störer nach Angaben der Polizei mit Ziegeln auf Polizeifahrzeuge.

Die Beamten leuchteten daraufhin mit Suchscheinwerfern die Häuserfronten ab. Mehrere Gebäude wurden von Polizeieinheiten gestürmt und Wohnungen durchsucht. Die Oranienstraße wurde zwischen Oranien- und Heinrichplatz mindestens fünfmal vollständig geräumt...

Die Ordnungskräfte drangen oftmals auch bis in die Hinterhöfe vor. Nach unseren Beobachtungen wurden dabei

auch Schaulustige festgenommen, die offenbar keine Steine geworfen hatten...

Die Räumungen der Oranienstraße erfolgten mit großer Härte. Wer nicht in eine der Kneipen flüchten konnte, mußte damit rechnen, Hiebe mit dem Schlagstock und vereinzelt auch Tritte zu erhalten...

Der »Ermittlungsausschuß« im Mehringhof sprach gestern von mindestens 20 »Schwerverletzten«, die Platzwunden am Kopf sowie Schlüsselbein- und Armbrüche erlitten hätten. Augenzeugen berichteten, die Kneipe »Oranienbar« sei von Polizeibeamten mit einer Tränengasgranate ausgeräuchert worden, als mehrere Personen sich dorthin geflüchtet hätten.

Der Ermittlungsausschuß teilte außerdem mit, »20 Zivilbeamte mit langen Schlagstöcken« hätten gegen 2 Uhr auf einem Parkplatz... auf einen Mann eingedrückt und ihn auf die Straße gedrängt, so daß er von einem Mannschaftswagen angefahren worden sei. Diesen Fall könne man auch dokumentieren, hieß es. Anschließend sei der Mann in das Fahrzeug geholt worden und auf einer Wache erkennungsdienstlich behandelt worden, bevor er freigelassen wurde. Einen Anlaß für diese Maßnahme habe es nicht gegeben. »Alles, was um diese Zeit irgendwie auf der Straße stand, war gefährdet«, sagte ein Sprecher des »Ermittlungsausschusses«...

Die Bewegungsfreiheit für Journalisten wurde im Laufe der Nacht immer mehr eingeengt. Mit der Bemerkung, die Öffentlichkeit sei vorübergehend ausgeschlossen, wurden Berichtersteller nicht in geräumte Straßenzüge vorgelassen. Ein Reporter, der gegen 2 Uhr in der Oranienstraße zusammen mit Kollegen in einem Hauseingang stehend eine polizeiliche Räumung beobachtete, berichtete, er sei trotz mehrfacher »Presse«-Rufe von vier oder fünf Beamten »niedergeknüppelt« worden, bevor ein offenbar höherrangiger Polizist dies gestoppt habe. Anschließend habe er das Haus durch ein Spalier von Beamten verlassen und dabei zwei weitere Stockhiebe auf den Kopf erhalten. ■

Zur Situation der ausländischen Jugendlichen

Gerade die in Kreuzberg und der Altstadt Neuköllns lebenden türkischen Jugendlichen zeichnen sich durch subjektive und objektive Perspektivlosigkeit aus. Sie gehören der 2. oder 3. Generation der Arbeits-Emigranten an und leben zwischen ihrer türkischen Kultur, die sie zum Teil nicht mehr aus eigenem Erleben kennen, und einer deutsch-amerikanischen Kultur, an der sie bestenfalls in Discos (sofern sie dort Einlaß finden) durch tänzerisches Engagement teilhaben können. Selbst beim Sport (Fußball, Boxen, Ringen, Bodybuilding etc.) sind sie wegen ihrer türkischen Nationalität von Wettkämpfen und Karrieren ausgeschlossen. Sie leben zwischen der Erwartung ihrer Eltern, die auf Tradition und Rückkehr in die Türkei orientieren, und dem Anpassungsdruck ihrer Berliner Umgebung. Sich zwischen diesen beiden Bereichen zu entscheiden, ist unmöglich für sie, da sie beide Bereiche zum Überleben hier brauchen und trotzdem zwischen ihnen zermahlen werden.

Der größte Teil dieser Jugendlichen verläßt die Hauptschule ohne Abschluß, ohne eine Perspektive auf einen Ausbildungsplatz, die wieder bevorzugt an Deutsche vergeben werden. Selbst die Hilfsarbeitertätigkeiten sind auf dem Arbeits-Markt immer rarer gesät. So finden sie sich oft in ABM-Programmen wieder, deren niedrigen Anforderungen sie oftmals auch nicht gewachsen sind, da sie es nicht gelernt haben, Pünktlichkeit, Kontinuität etc. zu entwickeln.

Gleichzeitig stehen sie aber unter dem Zwang, in den nächsten Jahren 15000 DM zu sparen, um sich eine verkürzte Wehrpflicht in der Türkei erkaufen zu können. Sind sie hierzu nicht in der Lage, müssen sie 2 Jahre Wehrdienst ableisten und verlieren über ihre zu lange Abwesenheit von Berlin ihre Aufenthaltserlaubnis. Immer häufiger scheitern unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigungen aber auch an den Strafregistern. Dies alles eingebettet in einer zunehmend staats- und mediengeförderten Ausländerfeindlichkeit.

Die Situation der arabischen Jugendlichen in Berlin ist noch desolater: Immer bedroht von einer Abschiebung, können sie keine auch nur mittelfristige Perspektive entwickeln; für sie besteht keine Schulpflicht, von Ausbildung und Studium sind sie von vornherein ausgeschlossen. Sie leben oft in menschenunwürdigen Heimen, ohne Familienzusammenhänge in der Stadt. Meist besteht ein Arbeitsverbot, so daß sie von einem Sozialhilfesatz, der unter dem für Deutsche liegt, leben müssen. (Im Gegensatz zu den Türken, die Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe maximal 3 Monate in Anspruch nehmen können, sonst werden sie abgeschoben). Ein Teil des Geldes wird in den diskriminierenden Wertgutscheinen ausgezahlt; leben sie im Heim, gibt es nur ein minimales Taschengeld.

Am deutlichsten ist die desolante Situation der ausländischen Jugendlichen über die Bandenbildung in verschiedenen Großstädten der BRD und West-Berlin zu Tage getreten. In diesen Gruppen verbringen sie oft den ganzen Tag: Es wird überlegt, was man macht und wie das nötige Geld dafür organisiert werden kann. Ob es für die schneie Kleidung ist, auf die sie wegen ihrer Randgruppensituation besonderen

Wert legen, fürs Essen oder für die Disco — alles muß »organisiert« werden. Viele von ihnen versorgen über ihre Aktivitäten die Familien mit. Die Polizei spricht von organisierter Bandenkriminalität.

Im letzten Jahr lieferten sich einzelne dieser Gruppen regelmäßig Massenschlachten, z.T. um Terrains und Einflußbereiche abzustecken. Mehrfach gingen sie gegen Skins und andere Rechte vor, wobei sie wahllos und ohne Strategie ihre aufgestaute Aggression aufgrund der zunehmenden Hetze gegen Ausländer rausließen. Die Antwort der Polizei hierauf war die Wiederbelebung der »Rockerpolizei«. Mitglieder dieser türkisch/arabischen Gruppen wurden mit Verfahren überschüttet und unter ständige polizeiliche Beobachtung gestellt. Nicht selten kassierte die Polizei einzelne von ihnen ein, verprügelte sie in den Wannern und schmiß sie raus, übte mit Hausdurchsuchungen u.ä. Druck auf sie aus usw.

Die Jugendförderung des Bezirkes Kreuzberg reagierte subtiler: Fast alle Jugendfreizeitheime wurden in den letzten Jahren in Kulturhäuser umgewandelt. Die Sozialarbeiter sahen sich nicht mehr in der Lage, auf die ökonomische und soziale Misere der Jugendlichen zu reagieren. Heute finden in den ehemaligen Jugendtreffs Dichterlesungen, Esperantokurse und Dadaismus-Veranstaltungen statt. Private und senatseigene Discos grenzen Ausländer immer mehr über grundsätzliche Ausländerverbote oder Clubkarten aus.

Es fiel ins Auge, daß sich am 1. Mai neben der Kreuzberger deutschen Bevölkerung auch viele Türken an den Ausschreitungen beteiligten. Das Spektrum reichte hier vom kleinen türkischen Jungen, der eifrig Steine schmiß, bis zu den alten Männern und Frauen, die plastiktütenweise Bolle-Vorräte nach Hause schleppten. Man könnte meinen, hier hat sich die langersehnte Integrierung erfolgreich in die Praxis umgesetzt. Daß der Plan einer Integrierung für den Senat schon

länger als »erfolgreich« abgeschlossen gilt, kann auch aus anderen Merkmalen abgeleitet werden: Sprachförderkurse sind (angeblich) wegen mangelndem Bedarf ebenso reduziert wie »Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung« (MBSE) usw.

Auch die Statistiker stellen immer mehr fest, daß die Ausländer in ihrem Verhalten kaum erkennbar von dem der vergleichbaren deutschen Gruppen abweichen: So in der Arbeitslosenstatistik, wo allerdings junge Türken überproportional vertreten sind, ähnlich wie in den ABM-Maßnahmen, in der Kriminalstatistik, wo sie nach langer Unterrepräsentanz endlich mit ihren deutschen Gleichaltrigen »gleichgezogen« haben. Sie bilden in Kreuzberg und im Norden Neuköllns eine eigene Szene, und ihre Linke ist mindestens genauso zersplittert wie die deutsche. Und nicht zuletzt sind sie überwiegend genauso unpolitisch, bzw. haben die Werte dieser Konsumgesellschaft genauso verinnerlicht wie die Mehrheit der übrigen Berliner.

Was sich da am Abend des 1. Mai entlud, war die allgemeine Wut über die sozialen und politischen Mißstände im Bezirk, vergleichbar mit dem, was ihre deutschen Mitbürger fühlten — sicher verschärft durch eine wesentlich größere Wut über Senat und Vollzugsorgane auf Grund ihrer speziellen Erfahrung als Ausländer. Wegen ihres juristischen Status müssen sie sich sonst noch mehr vorsehen als Deutsche, wenn sie sich wehren. So konnten sie am 1. Mai im Schutz der Masse und im Gefühl einer »Solidarität der Benachteiligten« ihre Wut äußern und ihre eigene Macht und Stärke spüren.

Manche warten auf die nächste Gelegenheit, sich mal wieder was von dem Kuchen dieser Gesellschaft abschneiden zu können oder den verhaßten Repräsentanten des Staates einen Teil von dem zurückgeben, was sie über Jahre schweigend einstecken mußten. ■



Schulstreik an der 2. Oberschule Kreuzberg

Eine Schule wehrt sich

Im März und April streikten Schüler und Lehrer einer Kreuzberger Gesamtschule insgesamt sechs Tage lang, führten mit den Eltern Demonstrationen durch, um einen an ihrer Schule durchgeführten Modellversuch zu erhalten und zu verhindern, daß ihr Schulleiter von der Schulverwaltung abgesetzt wird. Der von den beteiligten Schülern, Eltern und Lehrern erzeugte Druck zwang schließlich die Schulsenatorin Laurien (CDU), sich nach einem geordneten Rückzug umzusehen und einem Teil der Forderungen nachzugeben.

Der Modellversuch

Ursache des Konflikts ist ein an der 2. Oberschule (2.0) Kreuzberg, einer Gesamtschule, 1979 begonnener Modellver-

such, der zum Ziel hatte, mit besonderen schulorganisatorischen und pädagogischen Mitteln die unterschiedlichen Voraussetzungen der einzelnen Schüler auszugleichen bzw. ihnen gerecht zu werden. Die Schülerschaft dieser Schule hat einen 40%-igen Ausländeranteil, überwiegend türkische Schüler. Es handelt sich also um einen Versuch, die Realität der ausländischen Schüler zu akzeptieren und die Schule dieser Realität anzupassen (und nicht umgekehrt, was die Regel ist).

Kern- und Knackpunkt dieses Modells ist die im Vergleich zu den übrigen Gesamtschulen (zum dreigliedrigen Schulsystem sowieso) andere Art der Leistungsdifferenzierung. Im Gegensatz zu sonst wurden die Schüler mit unterschiedli-

chen Leistungsniveaus nicht in verschiedene Kurse gesteckt, sondern in einer Klasse belassen und unterschiedlich (»bindendifferenziert«) unterrichtet. Damit verbunden war ein Abweichen vom üblichen Fachlehrerprinzip zugunsten einer Betreuung durch ein kleines Team von Lehrern/Erziehern pro Klasse, um so einen engeren persönlichen Kontakt und damit pädagogische Einflußmöglichkeiten zu erhalten. Zudem gab es in der 7. und 8. Klasse keine Zensuren, sondern einen ausführlichen Bericht über den Leistungsstand der einzelnen Schüler, der nicht nur auf die unmittelbare fachliche Leistung der einzelnen Schüler einging.

Der Modellversuch lief Mitte '85 offiziell aus, und es ging nun darum, ob die Schule ihre Schüler weiter so unterrichten darf, was sie bislang noch tut. Nachdem das Kollegium im Januar '86 einen 200-seitigen Auswertungsbericht vorgelegt

»**W**as Bürgermeister Krüger sagte,
die alternativen Läden unterstützte er nicht —
alle sind hier empört.

Die Kleinen sind doch die Alternativen! Und wenn seinerzeit
z.B. die Türkenläden nicht aufgemacht hätten,
wäre die Oranienstraße doch tot.

Wir haben von nichts aufgebaut, und bedient wird jeder bei uns!«

WIRTSLEUTE VOM »ELEFANTEN«

hatte, wurde es im Herbst '86 bei der Schulsenatorin vorstellig, sie solle sich bei der für solche Fragen zuständigen Kultusministerkonferenz für eine Ausnahmegenehmigung einsetzen, was diese aber sofort mit der Bemerkung ablehnte, sowas hätte keine Erfolgsaussichten.

Hintergrund dieses Konflikts ist natürlich die allgemeine Rückentwicklung auf dem Gebiet der Bildungspolitik, die sich in der Betonung der Elitebildung insbesondere gegen die Gesamtschule richtet, ein ehemaliges Lieblingskind der Reform-SPD der sechziger und siebziger Jahre. Unter dem Schlagwort der Vergleichbarkeit werden mittlerweile an Gesamtschüler besondere Anforderungen gestellt, damit ihre Abschlüsse auch von den CDU-Ländern, insbesondere Bayern, anerkannt werden.

Die Eskalation

Vor diesem Hintergrund ist das Tauziehen zwischen Schule einerseits und Schulverwaltung andererseits zu sehen, das darum entbrannte, ob der Modellversuch auch im kommenden Schuljahr 87/88 weitergeführt werden kann, wie es das Kollegium Anfang dieses Jahres forderte.

Am 6.3. ging die Schule in die Offensive, Schüler, Eltern und Lehrer demonstrierten während der Unterrichtszeit vor der Senatsschulverwaltung. Daraufhin eskalierte der Konflikt — aber an einem ganz anderen Punkt und dort auf typisch obrigkeitstaatliche Weise.

Seit März '84 wurde die Schule von einem Lehrer, Gerd Hurrelmann, kommissarisch geleitet, da der vorherige Schulleiter nach Westdeutschland gezogen war. Weil die Schulverwaltung aber schon bald die genügende Loyalität zum Dienstherrn bei ihm vermißte, fing sie an, das Findungsverfahren zur Neubesetzung der Schulleiterstelle zu verschleppen, das 1985 anließ. Sie suchte nämlich nach einem zweiten Bewerber, der gegen Hurrelmann antreten würde; es wollte aber niemand so recht anbeißen, so daß die Stelle bis heute noch nicht wieder besetzt ist.

Die Demo vom 6.3. scheint dann der willkommene Anlaß, die Bewerbung Hurrelmanns wegen »Illoyalität« abzulehnen.

Daraufhin streikt die Schule am 23. und 24. März, jetzt mit der zweifachen Forderung: Erhalt des Modellversuchs! Hurrelmann soll Schulleiter bleiben!

Trotz Wunsch des Kollegiums findet sich die Schulsenatorin in den nächsten Tagen nicht zu einem Gespräch bereit, so

daß die Schüler für den 30./31. 3. einen erneuten Streik beschließen. Am 30. führt ein Demonstrationzug von etwa 500 Menschen vorbei am Kreuzberger Rathaus (Amtsitz des Volksbildungsstadtrats Engelmann, »Speerspitze« der besonders reaktionären Kreuzberger CDU in diesem Konflikt) erneut zur Senatsschulverwaltung. Als die Demonstration in die Vorhalle hinein will, wird mit Gewalt geräumt. Am 2. Streiktag findet ein Solidaritätsfest statt, an dem auch andere Kreuzberger Schulen teilnehmen.

Nach den Osterferien wird dann zugeschlagen: Gerd Hurrelmann wird am 22.4. vom Dienst suspendiert und erhält Hausverbot.

Daraufhin am nächsten Tag erneuter Streik, Schüler und Lehrer setzen sich gemeinsam vor die Schule.

Einen Tag später wird zwar das Hausverbot wieder aufgehoben, die Suspendierung aber bleibt; außerdem treten nun zwei »Staatskommissare« an, um die Leitung der Schule zu übernehmen. Alleine sitzen sie im Schulleiterzimmer, keiner will von ihnen geleitet werden. Die kommissarische Leiterin läßt sich schon nach einem Tag krankschreiben, ihr männlicher Kollege hält es drei Wochen aus, dann ist auch er entnervt und verläßt seinen Posten. Eine zuvor in Aussicht gestellte Schulleiter-Stelle erhält er nun nicht mehr.

Seit dem 10.6. arbeitet Gerd Hurrelmann wieder als Lehrer an der Schule, die Schulleitergeschäfte führt derweil ein SPD-Schulrat. Die Schulsenatorin scheint mittlerweile die Schlagzeilen satt zu haben, die Ereignisse seit dem 1. Mai trugen ihren Teil dazu bei, daß sie jetzt unter »Gesichtswahrung« eine friedliche Regelung sucht, wobei die Kreuzberger CDU mit ihrem Stadtrat Engelmann sicherlich noch Schwierigkeiten macht.

Der Modellversuch kann erstmal in einer verschlechterten Form weitergeführt werden, was aber bei einer kollegialen Zusammenarbeit aller Beteiligten aufgefangen werden kann.

An der »2.0 Kreuzberg« ziehen Eltern, Lehrer, Schüler und Schulleiter an einem Strang, nicht, um einfach ihre Schule zu retten, wie es andernorts schon mal häufiger vorkommt, sondern um den Inhalt einer Schule zu erhalten, der da heißt: Deutsche und ausländische Jugendliche sollen die gleichen Chancen haben. Die jetzt gezeigte Gemeinsamkeit von ausländischen und deutschen Betroffenen beruht auf sehr viel Vorarbeit und gemeinsamen Vorhaben. So fahren z.B. die deutschen Schüler regelmäßig für jeweils eine Woche mit den türkischen Schülern zu deren Eltern in die Türkei.

Die Vorgänge an dieser Schule, eingerahmt und unterstützt durch die weiteren Aktionen in Kreuzberg, bilden einen Ansatz zum Aufbrechen der Trennung von ausländischen und deutschen Jugendlichen, bilden kleine Dämme gegen rechtsradikale Tendenzen unter der Jugend.

Für das neue Schuljahr liegen 200 Anmeldungen an der »2.0 Kreuzberg« vor, 80 mehr als die augenblickliche Schülerzahl in den 7. Klassen.

Juni '87 ■

A. Enderle, H. Schreiner, J. Walcher, E. Weckerle

Das rote Gewerkschaftsbuch

Vollständiger Nachdruck der Broschüre »Das rote Gewerkschaftsbuch« aus dem Jahre 1932. 192 Seiten, Inhaltsverzeichnis, Einleitung und ein Vorwort zur Neuherausgabe. Klebebindung, Format 14,5 x 21,0 cm, Preis 6,- DM.

GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG
DES STUDIUMS DER ARBEITERBEWEGUNG e.V.
Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15



Was bedeutet Mietpreis-Bindung in Rest-Berlin?

Zur 750-Jahr-Feier gab es nicht nur spektakuläre Ereignisse wie z. B. die Besuche von der Queen, Mitterand, Reagan und Chirac, sondern auch unter anderem noch Aktionen gegen die Einführung des »Weißen Kreises« (Aufhebung der Mietpreisbindung). Es wurden Dia-Shows an Hauswänden, Anzeigen in Zeitungen und eine Volksabstimmung durchgeführt.

Die Initiatoren und Aktivisten waren die SPD und der Berliner Mieterverein. Beachtliche 483000 Unterschriften wurden für die »Mietpreisbindung ohne Wenn und Aber« gesammelt. Dies hat aber die Politiker in Bonn nicht daran gehindert, für den »Weißen Kreis« zu stimmen.

Schon einmal, 1982, wurden in Westberlin Unterschriften gegen den »Weißen Kreis« gesammelt — in Form eines Bürgerbegehrens. Bis 1974 gab es in der Verfassung von Westberlin die Möglichkeit, per Volksentscheid sozialpolitische Entscheidungen zu beeinflussen (Volksentscheid ist jetzt nur noch zur Auflösung des Abgeordnetenhauses möglich).

1978 wurde der Volksentscheid ersetzt durch ein Bürgerbegehren, welches sich nur noch in einem Bezirksverwaltungsgesetz wiederfindet. Es besagt: Die Antragsteller müssen Unterschriften von 2% der Wahlberechtigten eines Bezirks sammeln. Ist dieses erreicht, so werden vom Bezirksamt öffentlich Unterschriftenlisten ausgelegt. Unterschreiben nun 10% diese Listen, so ist das Bürgerbegehren zustande gekommen und die BVV (Bezirksverordnetenversammlung) muß über den Antrag entscheiden. Bei positivem Beschluß ist das Bezirksamt verpflichtet, das Anliegen dem Abgeordnetenhaus vorzutragen. Dieses ist laut Gesetz nicht verpflichtet, sich mit diesem Problem zu beschäftigen.

Außerdem wird die Frage der Mietpreisbindung in Bonn entschieden. Damals kamen 250000 Stimmen zusammen. Erreicht wurde mit diesem Bürgerbegehren: die Verlängerung der Mietpreisbindung bis Ende 1989 und viele Schlupf-

löcher, womit die Mietpreisbindung weiterhin aufgeweicht wurde.

Den damaligen Erfolg für die Verlängerung der Mietpreisbindung muß man aber wohl auf dem Hintergrund der damaligen Hausbesetzerbewegung sehen.

Schon vor dem Ende der Volksabstimmung wußte man nicht, was danach kommen soll. Denn Bürgerbegehren sowie Volksabstimmung haben keine politische Relevanz. Der Berliner Mieterverein hoffte, daß die SPD in Bonn schon kräftig Druck machen würde, und wenn die in Bonn gegen des »Volkes Stimme« entscheiden, würden sie bei der nächsten Wahl schon einen Denkmittel bekommen.

Warum Mietpreisbindung in Westberlin?

Nach dem 2. Weltkrieg war 1/4 des gesamten Wohnungsbestandes vernichtet. Gleichzeitig mußten 10 Millionen zugewanderte Vertriebene und Flüchtlinge mit Unterkunft versorgt werden. Hieraus ergab sich ein Fehlbestand von ca. 5 Millionen Wohnungen. Dies veranlaßte die Alliierten, den gesamten Restbestand durch das Kontrollratsgesetz Nr. 18 vom 8. 3. 1946 unter staatliche Bewirtschaftung zu stellen. Die Verfügungsrechte der Eigentümer wurden hierdurch weitgehend eingeschränkt und die Mietpreise auf den Stand vom 17. 3. 1937 festgeschrieben.

Erklärtes Ziel der Politiker war es, diese unter der diskriminierenden Bezeichnung »Wohnungszwangwirtschaft« geführte Regelung so schnell wie möglich wieder aufzuheben und durch die »freie Wohnungsmarktwirtschaft« zu ersetzen. Erster Schritt hierzu war das erste Wohnungsbaugesetz vom 1. 4. 1950. Freifinanzierte Wohnungen und später stufenweise auch steuerbegünstigte Wohnungen wurden aus der Preisbindung herausgenommen. Für mit öffentlichen Mitteln direkt geförderte Wohnungen wurde die sogenannte Kostenmiete eingeführt.

Nach den Plänen des damaligen Bundesbauministers Preußker (CDU) sollte jegliche Mietpreisbindung spätestens Ende 1959 beendet sein. Die Wohnungsnot war jedoch so groß, daß selbst in der CDU keine Mehrheit für diesen sozialen Plan zu gewinnen war.

Den entscheidenden Einbruch erlebte die Mietpreisbindung 1960 durch Bundesbauminister Lücke (CDU). Der sogenannte Lückeplan sah vor, bis 1965 schrittweise die Verfügungsfreiheit der Eigentümer voll wiederherzustellen. Mit dem »Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht« vom 23.6.1960 wurden in Stadt- und Landkreisen mit einem Wohnungsfehlbestand von unter 3% die Altbauwohnungen ab 1961 nach und nach aus der Preisbindung entlassen.

Die Überleitung der preisgebundenen Wohnungen in die freie Marktwirtschaft sollte Ende 1965 abgeschlossen sein. Hieraus wurde jedoch nichts, denn allein in Berlin gab es 1965 noch ca. 260 000 offiziell registrierte Wohnungssuchende.

Ungeheure Mietsteigerungen bei immer noch unzureichender Wohnungsversorgung in Gebieten ohne Mietpreisbindung verstärkten den Protest der Bevölkerung. 1966 hatte er erstmalig Einfluß auf die Entscheidung der Politiker, denn die große Koalition aus CDU und SPD entschied, für 1967 keine neuen »weißen Kreise« zuzulassen und in Berlin die

Mietpreisbindung bis Ende 1969 zu verlängern. Trotzdem stiegen die Mieten zwischen 1959 und 1970 um ca. 100%.

Anfang der 70er Jahre war die Gründerzeit von Mieterinitiativen und Stadtteilgruppen, die sich besonders in Berlin für eine Mietpreisbindung einsetzten. Ihre Parole war: »Weißer Kreis — Großer Scheiß — Doppelter Preis«. 1972 beschloß der Bundestag die Verlängerung der Mietpreisbindung für Berlin bis Ende 1975 und die Einführung des »Weißen Kreises« für München und Hamburg ab 1975.

1975 waren in Berlin noch 65 000 Wohnungssuchende registriert. Gleichzeitig herrschte Unmut in der Bevölkerung über die Kahlschlagsanierung. 36 000 Unterschriften wurden gesammelt, Demonstrationen, Autokorso etc. bewirkten ein Nachgeben der Politiker und die Verlängerung der Mietpreisbindung bis 1980. Hiernach sollte sie durch die Neufestlegung der Stichtagsmiete (1.12.1980), Aufhebung der Mietpreisbindung in Ein- und Zweifamilienhäusern (1.1.1981) und Aufhebung der Mietpreisbindung bei neu abgeschlossenen Mietverträgen (1.1.1983) bis zum 31.12.1984 schrittweise abgeschafft werden.

Von einer Preisbindung konnte inzwischen kaum noch die Rede sein. Dafür hatten CDU, FDP und SPD in Berlin und in Bonn Sorge getragen. Es wurden Schlupflöcher über Schlupflöcher für die Hausbesitzer beschlossen. Neben den Mieterhöhungen wurden erstmals jede Menge Zuschläge für

Thesen zur Mietpreis-Bindung

Im Oktober 1985 fand in Westberlin eine »Lagebesprechung zur Mietpreisbindung« statt. Veranstalter waren der Berliner Mieterverein e. V. und die Hochschule der Künste. Folgende zusammenfassende Thesen zur Mietpreisbindung wurden auf dieser Tagung entwickelt.

1. Beim Kampf um Beibehaltung der Mietpreisbindung geht es nicht um die Verteidigung von Privilegien Wohlhabender.

2. Der Markt funktioniert nur für zahlungskräftige Nachfrager. Sozialer Bedarf spielt bei der Verteilung von Wohnungen über den Markt keine Rolle.

3. Die Mietpreisfreigabe ist lediglich eine gigantische Umverteilung von Einkommen zugunsten der Haus- und Grundeigentümer mit der Folge möglicher Arbeitsplatzverluste durch Nachfragefälle in der konsumorientierten regionalen Wirtschaft.

4. Einkommensverluste und steigende Mieten sind kein berlinspezifisches Problem. Auch in den Großstädten der BRD sind immer mehr Haushalte von dieser Entwicklung betroffen. Die Frage der Mietpreisbegrenzung ist auch in westdeutschen Ballungsgebieten akut. Somit muß über die Forderung der Beibehaltung des Status Quo in Berlin hinaus eine Diskussion um die Ausgestaltung des Mietpreises mit dem Ziel einer allgemein wirksamen Mietpreisbindung begonnen werden.

5. Die Aufhebung der Mietpreisbindung ist in den Zusammenhang einer allgemeinen »Modernisierungsstrategie« zu stellen. Die Städte sollen für neue Verwertungsformen hergerichtet werden. Der Staat will sich dabei aus seiner sozialen Verantwortung für die wirtschaftlich Schwächeren zurückziehen. Nicht der Subventionsabbau ist Ziel staatlicher Politik, sondern eine andere Verteilung zugunsten höherer Einkommensgruppen in der Stadt. Die Lasten dieser Modernisierung werden einseitig einem Teil der Bevölkerung aufgebürdet. Im Rahmen des Stadtbbaus werden attraktive Altbauquartiere für zahlungskräftigere Schichten hergerichtet.

6. Die Beibehaltung der Mietpreisbindung braucht zu ihrer Wirksamkeit günstigere Rahmenbedingungen. Nur Maßnahmen, die den Verwertungsdruck und die Spekulation im Wohnungssektor abschwächen bzw. behindern, machen die Erhaltung preiswerten Wohnraums auf Dauer möglich. Sie sind auch die Voraussetzung für eine sozial- und bewohnerorientierte Stadterneuerung und Wohnungsversorgung.

7. Der Charakter der Wohnungspolitik als Instrument der Umverteilung und der Wirtschaftsförderung steht den sozialen Bedürfnissen der Mehrzahl der Stadtbewohner entgegen. Deshalb muß eine andere Politik gefordert werden. Hierzu gehört eine restriktive Mietpolitik im Altbau wie auch im Sozialwohnungsbestand. Nachhaltige Verbesserungen können nur auf Basis eines wohnungspolitischen Gesamtkonzepts erzielt werden, das sowohl eine Entkapitalisierung als auch eine Demokratisierung des sozialen Wohnungssektors beinhaltet, d.h. diesen Versorgungsbereich zu einem Non-Profit-Sektor umorganisiert.

Ein Gesamtkonzept muß den Altbau, den Sozialwohnungsbestand und den Neubau umfassen. Wir verweisen hierzu auf das Konzept des Mietenpooling unter Gewinnverzicht im städtischen Sozialwohnungsbestand, das Konzept des Neubaus preiswerter Mietwohnungen unter kommunaler Trägerschaft und das Konzept zur Kommunalisierung und Grundinstandsetzung verfallsbedrohter Altbauten. Für die Umsetzung dieses integrierten Konzepts zur Sicherung preiswerter Mietwohnungen sind in einem ersten Schritt die städtischen gemeinnützigen Träger umzuwandeln in ein nach haushaltswirtschaftlichen Grundsätzen geführtes Sondervermögen, dessen Bauvorhaben und vollständige öffentliche Direktfinanzierung erhalten und in dessen Wohnungsbestand auf Basis einer Bewirtschaftungskostenmiete (ohne Eigenkapitalverzinsung und Entschuldungsgewinne) ein Mietenpooling unter vollständigem Gewinnverzicht erfolgt. Für Bewohner und Mieterorganisationen ist in den Leitungsgremien des Sondervermögens eine entscheidungsrelevante Beteiligung zu installieren; darüber hinaus müssen die Bewohner das Recht erhalten, für eine dezentrale und eigenverantwortliche Hausverwaltung und Bewirtschaftung (einschließlich Instandhaltung) Verwaltungsgenossenschaften zu bilden, die für ihre Aufgabenerfüllung eine kostendeckende finanzielle Vergütung von Seiten des Sondervermögens erhalten.

Instandhaltungen, Wohnwert, Wohnkomfort und Betriebskosten zugelassen. Hinzu kam noch eine neue Ertragsberechnungsverordnung im Jahre 1983, die bestimmen sollte, welche Kapital- und Bewirtschaftungskosten in welchem Umfange den Mieterträgen gegenübergestellt werden dürfen. Damit waren Mieterhöhungen von bis zu 50% möglich.

Der soziale Wohnungsbau

Sozialwohnungen im Sinne des Wohnungsbaubindungsgesetzes sind solche Wohnungen, für die öffentliche Mittel als Darlehen oder Zuschuß zur Deckung der Baukosten, der laufenden Aufwendungen oder der Finanzierungsmittel (Zins und Tilgung) eingesetzt wurden.

Eine Sozialwohnung kann nur beziehen, wer eine bestimmte Einkommensgrenze nicht übersteigt. Weitere Kriterien sind: Schwerbehinderte, Eheleute ohne eigene Wohnung, Familien mit drei oder mehr Kindern ohne eigene Wohnung oder in räumlich unzureichenden Wohnverhältnissen, räumungspflichtige usw. Mieter, die über einer Einkommensgrenze liegen, müssen eine Fehlbelegungsabgabe leisten.

Im sozialen Wohnungsbau garantiert der Staat die Kostenmiete, d. h. der Bauherr kassiert gleich zweimal Miete. Nämlich 80% vom Staat und 20% vom Mieter. Innerhalb weniger Jahre stieg die Kostenmiete von 3 DM auf 30 DM pro Quadratmeter. Die meisten Kosten entstehen aber nicht aufgrund gestiegener Baukosten, sondern durch Geldverleiher und Anleger. Der Zinsanteil in der Miete beträgt zwischen 70 und 80%.

Die staatliche Spekulationsförderung von Großverdienern und Banken erfolgt durch:

- Abschreibungen, indem Großverdiener Anteile an Bauvorhaben kaufen, diese als Verlustzuweisungen von ihrem Einkommen abziehen und damit Leute mit einem Jahreseinkommen von über 150 000 DM kaum noch einen Pfennig Steuern zahlen;
- Schuldenförderung, indem die Zinsen für geliehenes Geld als »Verluste« vom Einkommen abgezogen werden;
- Mietpreisgarantie, indem die Gesetzgeber den Anlegern die Vermietung garantieren;
- Aufwendungshilfen von mindestens 15 Jahren, wobei der Staat 80% der Kostenmiete trägt.



»Zukunfts-Investitions-Programm«, das ist die Sprache der Sozialdemokratischen Planer. »Mafia«, das ist die Wahrheit.

»Die kleinen Geschäftsleute sind in keiner günstigen Lage. Wir müssen zusammenhalten, und aufgrund der letzten Ereignisse ist es noch notwendiger geworden. Wir leben vom Kunden. Der Kunde muß entscheiden, ob die vielen kleinen Gewerbetreibenden im Kiez existent bleiben oder nicht. Wir versuchen, jeden zufriedenzustellen, stehen mit niemanden auf dem Kriegsfuß. Bei uns wird auch keiner nach dem Aussehen beurteilt. Wir wollen hier im Kiez bleiben. Dazu gehört viel Idealismus, wir sind ja nicht auf »Moneymachen« aus. Wir möchten die Jugend bitten, daß sie die kleinen Geschäftsleute verschont. Das kostet viel Geld, vor allem aber viel Sorge und nervliche Anspannung.«

FLEISCHERMEISTER SEIT 27 JAHREN AM HEINRICHSPLATZ

Welcher Bauherr achtet da noch auf die Kosten, wenn der Staat jede Kostenmiete garantiert? Eine Preisbombe tickt heute in jedem Wohnzimmer. Die Mieten der Altbaumieten sollen denen im sozialen Wohnungsbau angeglichen werden. Ziel dabei ist, für die sündhaft teuren Wohnungen im sozialen Wohnungsbau, die heute leerstehen, wieder Mieter zu bekommen. Die Mieten im sozialen Wohnungsbau sollen steigen, weil der Staat die eingegangenen Mietverpflichtungen kaum noch bezahlen kann.

Die drei Kernpunkte des Senats-Konzepts

1. Der »Weiße Kreis« wird vorgezogen und schon zum 1. 1. 1988 in einem Schritt eingeführt. (Nach der derzeitigen Rechtslage werden ab dem 1. 1. 1988 lediglich die neu vermieteten Altbauwohnungen preisfrei. Die Bestandsmietenverhältnisse bleiben bis zum 31. 12. 1989 preisgebunden).
2. Durch Gesetz soll der vom Grundeigentümergebiet, dem Senat und dem Mieterschutzbund derzeit zusammengestellte Mietpreisspiegel in den Rang eines Mietenspiegels gemäß MHG erhoben werden. Dieser Mietpreisspiegel soll sich an den Mieten von derzeit noch preisgebundenen Altbauwohnungen orientieren.

Einige statistische Daten und Tendenzen

- Die Arbeitslosigkeit lag 1980 bei 34 000 und stieg bis heute auf über 90 000 an.
- Die Lebenshaltungskosten stiegen in Berlin von 1970 – 1986 von 100 auf 163%; in der BRD von 100 auf 137%. D. h., die 8% Berlinzulage spielen überhaupt keine Rolle.
- Die Anzahl der Sozialhilfeempfänger sank von 153 000 (1982) auf 142 000 (1984). Dies liegt in Westberlin daran, daß viele ältere Leute verstarben. Im Bereich der Lohnabhängigen ist ein Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger zu verzeichnen.
- 1982 gab es 11,2% Eigentümerwohneinheiten, 7,7% freifinanzierte (steigende Tendenz), 33,3% öffentlich geförderte (sinkende Tendenz wegen Wegfall der Belegungsbindung) und 47,8% Altbauwohneinheiten von absolut 1 007 000 Gesamtwohneinheiten.
- Die Anzahl der Obdachlosen betrug 1982 ca. 3 350 Menschen und 1983 ca. 3 400. Sie setzt sich zusammen aus ca. 1 500 alleinstehenden Männern, ca. 300 alleinstehenden Frauen und ca. 400 Familien (nach offiziellen Angaben, eine Dunkelziffer wird nicht genannt).
- Die Mobilität ist in Westberlin hoch. 1983 gab es 245 250 Umzüge innerhalb Berlins. Außerdem wurden mehr als 61 000 Zuzüge von außerhalb nach Berlin registriert. Über 60% dieser Umzügler fanden eine Altbauwohnung. Bei Einführung des »Weißen Kreises« wären sie besonders betroffen.

3. Die derzeit für den preisfreien Wohnungsbau geltende Regelung des MHG, wonach sich die Grundmiete bei Bestandsmietenverhältnissen innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren nicht um mehr als 30% erhöhen darf, wird durch eine Berliner Sonderregelung modifiziert. Der Prozentsatz wird auf 15% reduziert (Kappungsgrenze).

Obwohl die Mietpreisbindung in Berlin schon ausgehöhlt wurde, lassen sich trotzdem noch Unterschiede zwischen dem Senatsvorschlag und der derzeit geltenden Mietpreisbindung aufzeigen. Unter der Mietpreisbindung unterliegen die Mieten noch der politisch zu kontrollierenden öffentlichen Verantwortung des Senats. Beim Senatsvorschlag hingegen diktiert der wirtschaftlich Stärkere (Vermieter) den Mietpreis. Der Staat greift nur in seltenen Ausnahmefällen ein, und dann auch nur auf Veranlassung des Mieters.

Ein Mieterwechsel führt unter der Mietpreisbindung zu keiner Erhöhung des Mietzinses der betreffenden Wohnung. Der Senatsvorschlag hingegen läßt Erhöhungen bis zu 50% über der ortsüblichen Vergleichsmiete zu. Diese hohen Mieten, die nur bei Mietvertragsneuabschluß zu erzielen sind, gehen in der Folge in den fortzuschreibenden Mietpreisspiegel ein und tragen damit zur »Dynamisierung« des Mietengefüges bei.

Unter der Mietpreisbindung ist die Unterschrift unter einem Mietvertrag mit preisrechtlich unzulässiger Miete für den Mieter unschädlich. Die Preisbindung gibt ihm das Recht, auch noch nach dem Vertragsabschluß den preisrechtswidrigen Anteil der Miete vom Vermieter zurückzufordern. Beim Senatsvorschlag herrscht Vertragsfreiheit.

Bücher zum Thema:

MIETROPOLIS — Mietpreisbindung und Stadtpolitik, VAS i.d. Elefantentpress, 1986

Wohnungsnot durch Spekulation; Herausgeber: Berliner Mieterverein e.V. in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Bildungswerk Berlin (West) 1981

Das Abschreibungs-Dschungelbuch, Lit Pol 1982

Sanierungsfolgen (Deutsches Institut f. Urbanistik), Kohlhammer 1982

Was die Vertragsparteien vereinbart haben, das gilt. Auch wenn der Mieter einem hohen Mietzins nur deshalb hat zustimmen müssen, um überhaupt eine Wohnung zu bekommen.

Die unter der Mietpreisbindung geltenden Schutzrechte bei Vertragsabschluß (Verbot von Abstands Zahlungen an Vormieter und Vermieter, eingeschränkte Zulässigkeit von Kautionen und Möblierungszuschlägen) sind nicht Bestandteil des Senats-Konzepts.

Der Senatsvorschlag läßt zusätzliche Mietsteigerungen aufgrund von Kapitalerhöhungen gem. §5 MHG zu. Eine entsprechende Regelung ist der Berliner Mietpreisbindung wesensfremd.

Unter der Mietpreisbindung gilt ein siebenjähriger Kündigungsausschluß für den Erwerber einer umgewandelten Wohnung. Der Senatsvorschlag läßt die kurze dreijährige Kündigungsschutzfrist ausreichen.

Das Senatskonzept beinhaltet: die staatlichen Mietpreissetellen werden ab 1. 1. 1988 geschlossen. Das Berliner Miet-senkungsgesetz tritt außer Kraft.

Am 25.6.1987 wurden folgende Änderungen zu obigem Senats-Konzept im Gesetzentwurf dem Bundestag zur abschließenden Beratung vorgelegt:

— Ab 1990 soll ein neuer aktualisierter Mietenspiegel gelten (ein Begründungsmittel neben Vergleichswohnungen und Sachverständigengutachten).

— Der Mieterhöhungsspielraum bei Neuabschluß eines Mietvertrages ist erweitert worden. Zwar gilt die 10%ige Kappungsgrenze, aber aufgrund des bisherigen Mietzinses. D.h. er bezieht sich nun nicht mehr auf die Netto-Kaltmiete, sondern auf die Gesamtmiete.

— Diese Kappungsgrenze gilt nur bis zum 31. 12. 1991.

In der Presse hörte man nur am gleichen Abend etwas und am nächsten Morgen im Radio — ansonsten Funkstille. ■



Schon 1981 demonstrierten Mieter gegen den »Weißen Kreis«